Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 198 | Gelsenkirchen, Dienstag, den 26. August 1930 | 12. Jahrgang



Prinz August Wilhelm

„Jestatten — äh! — Nationalsozialist!
Vater war Kaiser — äh! —, wie Ihr wißt.
Republik Schweinerei, Karriere futsch. . . .
Zur Verfügung — äh! — für nächsten Putsch!"

Aus der Kampfschrift „Alarm", Berlin O 34

Die fürstliche Arbeiterpartei

In einem Berliner Blatt lesen wir

„Daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine richtige Partei für Handarbeiter mit Schwielen an den Fäusten, kurz eine Partei der Proletarier ist, beweist sie schon allein durch die Tatsache, daß sie einen Automobilklub und ein Automobilkorps unterhält. Bekanntlich fahren bei uns, ganz wie im Heimatlande Fords, alle Arbeiter im eigenen Opel zur Fabrik. Deshalb muß natürlich eine Arbeiterpartei, man begreift es vollkommen, einen eigenen Automobilklub haben. Das Dritte Reich weiß, was sich für Proleten gehört.

Die Arbeiter in der NSDAP. heißen nicht August Wilhelm Pieske und nicht Karl Eduard Kulicke, sondern August Wilhelm von Preußen und Karl Eduard von Koburg-Gotha.

Schon diese Namen bezeugen ihren rein proletarischen Ursprung. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß diese Männer als Prinz und als Herzog am Schraubstock und Drehbank standen und als „ausgebeutete Lohnsklaven" im Dienste des jüdischen Kapitals fronen mußten, daß sie von ihrer Hände Arbeit schlecht und recht sich nährten. Und auch der Arbeiter Lietzmann und der Arbeiter von Epp führten jenes Jammerdaseins, das nun mal nach Gottes unerforschlichem Ratschluß eines richtigen Arbeiters Los hinieden ist.

Wer wollte es daher diesen proletarischen Existenzen verdenken, daß sie, die ihr ganzes Leben so sauer gewerkelt haben, sich nach des Tages Last und Mühen in ihr ach so bescheidenes Autoklubheim begeben, als welches selbstverständlich in Potsdam liegt? Die marxistischen Arbeiter, die Sozis und die Moskowiter, gehen in die Destillen, wenn sie die Werkstatt verlassen, und versaufen ihren Wochenlohn in einem Dutzend Molken. Sie wissen es eben nicht besser.

Hingegen lenkt der Nazi-Arbeiter seine Schritte nach Feierabend in den Autoklub, wo er sich höchstens ein bescheidenes Gläschen Sekt gönnt.

Man braucht bloß diese Gegenüberstellung, um zu wissen, auf welcher Seite der bessere Sozialismus liegt . . . „Auwi" und „Ede", die beiden Schwerarbeiter von Gottes Gnaden, empfingen neulich im Autoklub der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei einen richtiggehenden Grafen. Es war zwar nur ein italienischer, aber das tat dem proletarischen Empfinden keinen Abbruch. Der Senator Graf Gallenga, Präsident des Königlichen Automobilklubs in Rom, scheint sich im Kreise der Arbeiter sehr wohl gefühlt zu haben. Man trank Brüderschaft und daraus wurde ein Freundschaftsabkommen zwischen dem Nationalen Deutschen Automobilklub und dem Italienischen Touring-Klub.

„Proletarier" im Mercedes, Fiat oder Rolls-Royce, vereinigt euch! . . ."

Keine Einigung!

Der Lohnkampf im Bergbau

Die Zechen fordern 10 Prozent Lohnabbau – Die Bergarbeiterverbände lehnen ab und fordern 50 Pfennig Lohnerhöhung auf den tariflichen Schichtlohn

Bochum, 25. Aug. Der Zechenverband teilt mit: „In den heute begonnenen Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden über den Lohnabbau, der eine Preisermäßigung der Ruhrkohle ermöglichen solle, forderte und begründete der Zechenverband eine zehnprozentige Lohnsenkung. Die Gewerkschaften lehnten die Forderung ab und glaubten demgegenüber eine Lohnerhöhung von 50 Pfg. auf den tariflichen Schichtlohn fordern zu können. Eine Einigung zwischen den Parteien war nicht zu erzielen. 4.45 Uhr eröffnete der Schlichter die vorgeschriebenen Einigungsverhandlungen. **Mit Rücksicht darauf, daß beide Parteien noch weiteres statistisches Material vorbereiten wollen, wird der Schlichter zur Fortsetzung der Verhandlungen auf den 4. September vormittags einladen."**

*

Hierzu wird uns von gewerkschaftlicher Seite folgendes erklärt:

In den Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den tarifbeteiligten Bergarbeiterorganisationen versuchte der Zechenverband, die Kündigungen mit dem Hinweis auf die Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit eines allgemeinen Preisabbaus zu begründen. Eine Senkung des Preisniveaus könne aber nur in Verbindung mit einer Herabsetzung der Produktionskosten erfolgen. Dazu verlangten sie einen Lohnabbau um so mehr, als der Kohlenabsatz in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen sei. Da zur Zeit die Betriebe nur teilweise ausgenützt würden, die Förderungskosten aber gleich blieben, sei eine Senkung der Selbstkosten bisher noch nicht eingetreten. Aus diesen Gründen halte der Zechenverband einen zehnprozentigen Lohnabbau für erforderlich. Zum Schluß betonten die Unternehmer, daß im Falle einer Nichtberücksichtigung ihrer Forderungen ein weiterer Belegschaftsabbau unvermeidlich sei. In Erwiderung dieser allgemeinen Darlegungen betonten die Vertreter der Bergarbeiterverbände (als Vertreter des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes waren A. Schmidt, B. Meier und Dr. Berger anwesend), daß ein Abbau der Kohlenpreise zur Behebung der Wirtschaftskrise nicht mit einer Lohnherabsetzung für die Bergarbeiter verbunden zu werden brauche. Gerade für die Ruhrkohle seien nachweislich große Handelsspannen vorhanden, die eine Senkung der Kohlenpreise ohne weiteres ermöglichen. Außerdem sei zwischen dem Erlös und den Selbstkosten eine Spanne von mehreren Reichsmark zu verzeichnen, wie ein Vergleich mit der Entwicklung der Kostenelemente (gestützt auf das Gutachten von Schmalenbach) ergibt. Diese Tatsache sei auf die seit Schmalenbach ziemlich gestiegenen und in der letzten Zeit durchgehaltenen Erlöse, den gesunkenen Lohnanteil, die geringeren Sozialbeiträge und die verringerten Materialkosten zurückzuführen. Außerdem zeigten die Geschäftsabschlüsse des letzten Jahres sehr gute Ergebnisse, so daß grundsätzlich eine Lohnsenkung für die Ruhrbergleute als nicht diskutabel erscheint. Die Bergarbeiter haben im Gegenteil ein Recht auf Lohnerhöhung, zumal sie durch die außergewöhnlich hohe Zahl von Feierschichten in große Not geraten sind. Bedenke man, daß auch der jetzt neu abzuschließende Lohntarif eine längere Laufzeit aufweisen würde, dann sei trotz der augenblicklich gedrückten Konjunktur eine Forderung nach Lohnerhöhung durchaus berechtigt. Infolgedessen forderten die Bergarbeitervertreter eine Erhöhung des Lohnes von 50 Pfg. je Mann und Schicht.

In der nachfolgenden Auseinandersetzung wurde infolge weitgehender Meinungsverschiedenheiten keine Einigung zwischen den Parteien erzielt. Die Parteiverhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

Kurze Zeit später wurden die Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters von Westfalen, Regierungsrat Professor Dr. Brahn, eröffnet, zu denen schon vor Beginn der Parteiverhandlungen eingeladen worden war. Da sich in diesen Verhandlungen die Unternehmer nicht in der Lage sahen, die sowohl von den Bergarbeiterverbänden wie auch vom Schlichter geforderten stichhaltigen Belege vorzutragen, wurden sie schließlich abgebrochen und die Parteien zu erneuten Verhandlungen auf den 4. September eingeladen.

Riesenfehlbeträge

Erhöhung der Verbrauchssteuern und der Lohnsteuern?

Je näher der Wahltermin heranrückt, um so stärker wird die Furcht der jetzigen Regierungsparteien, daß der Mangel irgend einer positiven Wahlparole ihre ohnehin ungünstige Lage noch weiter verschlechtern werde. Schon die kurze Zeit des jetzigen Wahlkampfes hat gelehrt, daß der von den Regierungsparteien geführte Kampf gegen die Sozialdemokratie nur mit einem Mißerfolg enden kann, auf keinen Fall aber positive Reformen zu ersetzen vermag. Aus diesen Erwägungen sind die Pläne entstanden, die seit einiger Zeit das Reichskabinett beschäftigen, der Vorschlag zur Wahlreform und angeblich auch ein großes Finanz- und Steuerprogramm. Irgendwelche Einzelheiten über diese Finanzreform werden sorgsam verschwiegen.

Diese Geheimnistuerei ist verständlich, wahrscheinlich wissen die Urheber dieser Pläne selber noch nicht, welchen positiven Inhalt ihre Reform haben wird. Dieses Finanzprogramm soll ja nur wahlagitatorischen Zwecken dienen und man wird es so allgemein halten wie möglich. Wenn es den Wählern der Regierungsparteien neue Hoffnungen auf Steuersenkung einflößt, so hat es sicherlich im Sinne seiner Urheber erfolgreich gewirkt. Es ist also gar nichts anderes, als ein neuer Täuschungsversuch, um die schlechten Wahlaussichten zu verbessern. Man braucht sich ja nur die tatsächliche Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden vorzustellen, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß überall erhebliche Fehlbeträge gedeckt werden müssen. Trotzdem sich der Finanzminister Dietrich dieser Tage bemühte, die Finanzlage möglichst rosig zu schildern, hat er zugeben müssen, daß

allein beim Reich ein Fehlbetrag durch Steuerausfall von 300 Millionen Mark zu erwarten ist. Bei den Ländern und Gemeinden entsteht durch Steuerausfall mindestens der gleiche Fehlbetrag. Dazu kommen die Fehlbeträge durch unvermeidliche Mehrausgaben. Beim Reich allein werden die noch immer wachsenden Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenfürsorge einen neuen Bedarf von 250 bis 300 Millionen Mark verursachen. Wie hoch die Kosten für die wachsende Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen bei den Gemeinden sein werden, läßt sich überhaupt noch nicht übersehen. Fest steht nur, daß hier die Hauptgefahrenquelle für die öffentlichen Finanzen liegt und daß hier Fehlbeträge von mehreren hundert Millionen Mark leicht entstehen können.

Unter diesen Umständen wird man jedes Finanzprogramm, das dem Ziel der Steuersenkung dient, als utopisch ansehen müssen. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß die gegenwärtig regierenden Männer aus reiner Verzweiflung über ihre ungünstigen parteipolitischen Aussichten ernsthaft noch im Laufe dieser Woche Maßnahmen erwägen, die sie selbst nicht für durchführbar halten können, deren Propaganda andererseits aber große Gefahren hervorrufen kann. Auch spielt sicherlich die Absicht eine große Rolle, Tatsachen zu schaffen, eine künftige Regierung zu binden und vor allem Pläne durchzusetzen, für die man unter normalen Verhältnissen auf keine Mehrheit rechnen kann. So ist z. B. nicht nur zum Zwecke der Senkung der Besitzsteuern an eine neue Verschärfung der Verbrauchssteuern gedacht, sondern man will auch die Lohnsteuer-

höhen und die Lohnsteuererstattungen ganz beseitigen. Während früher einmal die Ermäßigung der Lohnsteuer beabsichtigt war, will man jetzt das Gegenteil tun und die auf diese Weise gewonnenen Beträge zur Senkung der Kapitalsteuern und der hohen Einkommensteuern verwenden.

Der tiefere Sinn dieser Pläne, über die bisher im Reichskabinett keine Einigkeit zu erzielen war, ist aber ein allgemein politischer. Man will nicht nur den Wählern der bürgerlichen Parteien schon jetzt die Belohnung für guten Wahlausfall in klingender Münze in Aussicht stellen, sondern schon jetzt für die Zeit nach den Wahlen eine Situation schaffen, bei der die Sozialdemokratie zwangsläufig ausgeschaltet ist. Der eifrigste Propagandist dieser Idee — na wer kann es schon anders sein als Herr Treviranus — er geht jeden Tag mit einer neuen Idee schwanger, um sich und seinen Ministerkollegen auch über die Wahl hinaus ein Amt zu sichern.

Wahlmanifeste
der Rechtsparteien

Neben dem gemeinsamen Wahlaufruf, der noch immer in der Luft liegt, erlassen Konservative, Wirtschaftsparteiler und Deutsche Volkspartei jetzt gesonderte Manifeste an ihre Wähler. Der Aufruf der Deutschen Volkspartei treibt wieder einmal Mißbrauch mit dem Namen des Reichspräsidenten und schließt mit dem Satz:

„Gegen alle staatszerstörenden Kräfte, mit Hindenburg für die Retung des Vaterlandes, für deutsche Freiheit und Kultur."

Danach hat es also dem Reichspräsidenten nichts genutzt, daß er sich vor einiger Zeit verbeten hat, von den einzelnen Parteien als Werbeplakat mißbraucht zu werden.

Zentrumsschwindel
Das Gehalt von Brolat

Ein Teil der westfälischen Zentrumspresse brachte dieser Tage eine Wahlnotiz, wonach der sozialdemokratische Direktor an den Berliner Verkehrsanstalten Fritz Brolat ein Riesengehalt von 72 000 Mk. jährlich bezieht, während gleichzeitig die Löhne der Angestellten der Berliner Verkehrsgesellschaft verkürzt werden. Wir müssen feststellen, daß diese Notiz von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Die Löhne bei der Berliner Verkehrsgesellschaft werden trotz der schwierigen Lage nicht abgebaut.

Im Direktorium der Berliner Verkehrsgesellschaft sitzen zwei Sozialdemokraten, darunter auch Fritz Brolat. Wenn ein Lohnabbau in der Verkehrsgesellschaft vermieden wurde, so ist das das Verdienst eben dieser beiden sozialdemokratischen Direktoren. Diese beiden sozialdemokratischen Direktoren haben aber auch noch ein Weiteres getan. Sie haben dem Aufsichtsrat angeboten, unverzüglich ihre Gehälter zu kürzen.

Der Aufsichtsrat wird sich schon in den nächsten Tagen mit diesem Angebot befassen und davon Gebrauch machen, trotzdem die den bürgerlichen Parteien angehörenden Direktoren bei der Berliner Verkehrsgesellschaft nichts von dieser Bereitwilligkeit bekundet haben.

Für die Sozialdemokratie!
Ein Aufruf des Gesamtverbandes der Arbeiter der Gemeindebetriebe und Verwaltungen zur Reichstagswahl

Die erste Reichskonferenz des Gesamtverbandes der Arbeiter der Gemeindebetriebe und Verwaltungen, die hier tagt, erläßt zu der Wahl am 14. September folgenden Aufruf:

„Am 14. September wird darüber entschieden, ob die politische Demokratie mit ihren Rechten für die arbeitenden Massen erhalten bleiben oder ob sie abgelöst werden soll durch eine

faschistische Diktatur

Die von der Reichsregierung unter Nichtachtung der Rechte der Volksvertretung erlassenen Notverordnungen zeigen deutlich, wohin der Weg führt: Zerschlagung der Sozialversicherung, Senkung der Löhne, Beseitigung jeder Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die Wirtschaft.

Schonung des Besitzes, Steuererleichterung für die kapitalistischen Kreise auf der einen Seite, Verbrauchs- und Kopfsteuer und rücksichtsloses Abwälzen aller Lasten auf die arbeitenden Schichten des Volkes auf der anderen Seite, das ist der Wille aller bürgerlichen Parteien.

Am 14. September haben die Arbeitnehmer der Gemeindebetriebe und Verwaltungen sich zu entscheiden

im Kampfe um die öffentliche Wirtschaft

In der Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft sollen gleichzeitig die ersten Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie beseitigt werden.

Nicht nur politische, sondern auch höchste gewerkschaftliche Interessen stehen also in diesem Wahlkampf auf dem Spiel.

Die Sozialdemokratische Partei

ist die einzige Schützerin der Rechte des arbeitenden Volkes, sie ist die Partei, die offen für die Erhaltung und den Aufbau von Sozialversicherung und Sozialpolitik und entsprechend ihren demokratischen Grundsätzen für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft in Reich, Staat und Gemeinden eintritt.

Nur durch eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei wird es möglich sein, die Pläne der Reaktion zunichte zu machen.



Die Leiche des Nordpolfahrers Andrée, der vor 33 Jahren mit einem Freiballon zum Fluge über den Nordpol nach Alaska aufstieg, ist jetzt im Eismeer aufgefunden worden.

Die letzten Kandidatenlisten
der Sozialdemokratie

Berlin, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Kandidatenlisten der Sozialdemokratie liegen nunmehr auch in den bisher noch ausstehenden Wahlkreisen vor. Es kandidieren an der Spitze im Wahlkreis 7 Breslau: Paul Loebe, Wendemuth, Marie Ansorge, Ziegler. Wahlkreis 28 Dresden-Bautzen: Fleißner, Toni Sender, Alfred Dobbert und Wahlkreis 30 Chemnitz-Zwickau: Ströbel, Seydewitz, Kuhn, Graupe.

Auch ein Reichstagskandidat

Berlin, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Im Wahlkreis Köln-Aachen steht hinter dem Spitzenkandidaten der KPD., dem bisherigen Reichstagsabgeordneten Stöcker, an zweiter Stelle der Kölner Stadtverordnete Sattler. Dieser Sattler stand vor einigen Wochen wegen Beleidigung vor dem Kölner Schöffengericht. Im Verlaufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß Sattler wegen schweren Diebstahls und Betruges mehrfach zu insgesamt mehr als 1 Jahr Gefängnis verurteilt ist. Da mit Sattler der kommunistische Redakteur und Vorsitzende der Kölner Stadtverordnetenfraktion Stahl vor Gericht stand und bei der Verlesung der Vorstrafen seines Gesinnungsfreundes zugegen war, muß der Kommunistischen Partei in Köln das Sündenregister Sattlers bekannt sein. Trotzdem wurde Sattler Reichstagskandidat der KPD.

Kummer in Tuntenhausen
Held macht seinem Herzen Luft

München, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Alljährlich zum Sommerausgang hält der Bayerische patriotische Bauernverein, ein partikularistisches Ueberbleibsel aus dem vorigen Jahrhundert, in dem oberbayerischen Wallfahrtsort Tuntenhausen seine Generalversammlung ab, auf der nach altem Brauche Führer der katholischen klerikalen Partei in Bayern den streng gläubigen Bauern höhere Politik verschaffen.

Am Sonntag sprach der über das 150 Millionen-Defizit seiner Regierung gestolperte Ministerpräsident Dr. Held. Er suchte sich seine ganze Wut über die erlittene Niederlage vom Herzen zu reden, so daß die Veranstaltung zu einem Agitationstheater der Bayerischen Volkspartei wurde. Er schimpfte vor allem auf die Parteien, die seine Regierung gestürzt haben und damit besonders auf die Sozialdemokratie, die er von allen politischen Gegnern am meisten haßt. Als Ziel seiner Partei zur Regierungsneubildung verkündigte er: Abwarten.

Die Parteien der Opposition, die den Karren in den Dreck gefahren hätten, sollten erst versuchen, ihn ohne die Bayerische Volkspartei wieder herauszuziehen. Da aber auch Herrn Dr. Held sehr wohl bekannt ist, daß ein großer Teil seiner eigenen Partei an einer solchen negativen Einstellung wenig Gefallen hat, fügte er hinzu, daß die Bayerische Volkspartei im übrigen den bayerischen Staat nicht im Stiche lassen werde. Es ist danach damit zu rechnen, daß die Bayerische Volkspartei in nicht zu ferner Zeit sich wieder aktiv um die Bestellung einer neuen Regierung kümmern wird.

Dazu wird sie allerdings zunächst den 14. September vorübergehen lassen.

Früher Tod
Ein Führer der rumänischen Sozialdemokratie an Herzschlag gestorben

Bukarest, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht vom Sonntag wurde der bekannte Führer der rumänischen Sozialdemokratie Dr. Pistiner in einem Eisenbahnabteil der Strecke Bukarest-Chernowitz tot aufgefunden. Pistiner, der Chefredakteur des in deutscher Sprache in Chernowitz erscheinenden „Vorwärts" war, ist einem Herzschlag zum Opfer gefallen. Er hat ein Alter von 49 Jahren erreicht. Der Sarg mit den sterblichen Ueberresten Pistiners wurde in Chernowitz aufgebahrt, wo Tausende und Abertausende von Arbeitern dem Führer die letzte Ehre erwiesen. Die Beisetzung erfolgte am Montag nachmittag um 4 Uhr. Die Bukarester Presse, die von dem Tode Pistiners erst am Montag nachmittag unterrichtet wurde, feiert den Toten als die markanteste Persönlichkeit der rumänischen Sozialdemokratie.

Sich selber den Kohlenabsatz verdorben
Von Dr. Berger, Bochum

Der Kohlenabsatz ist zurückgegangen. Die Unternehmer haben diese Tatsache zum Anlaß genommen, Millionen von Feierschichten einzulegen und Zehntausende von Bergarbeiterentlassungen vorzunehmen. Auch die Kündigung des Lohntarifs haben sie damit begründet und eine willige Presse verbreitet immer wieder die These; durch Lohnabbau zur Absatzbelebung. Man sucht es so hinzustellen, als ob die Bergarbeiterlöhne an der Abschwächung des Beschäftigungsgrades im Kohlenbergbau schuld seien. Wie wenig stichhaltig eine solche Behauptung ist, zeigt ein dieser Tage in der Bergwerkszeitung erschienener Kohlenmarktbericht.

Es wird da ausgeführt, daß das Geschäft, das an sich wegen des schwachen Verbrauchs in dieser Jahreszeit nicht erfreulich ist, darunter leidet, „daß man Preisänderungen erhofft". Diese Kehrseite des bisherigen Preisabbaugeflunkeres haben die Unternehmer sich auf ihr Konto zu schreiben. Immer davon reden, nie daran denken, so war die Einstellung der Unternehmer zur Frage des Preisabbaus. Den ernstlichen Willen dazu haben sie nie gehabt und besitzen ihn auch heute nicht. Im Reichskohlenrat haben sie sich erst daran vorbeizudrücken versucht und als sie dann von den Arbeitervertretern gestellt wurden, wußten sie nichts weiter zu erwidern, als daß sie alle marktechnischen Gesichtspunkte bereits berücksichtigt hätten. Wie es um die Kunst dieser Marktechniker bestellt ist, das beweisen die verfahrenen Kohlenmarktverhältnisse. Das Preisabbaugerede sollte der Oeffentlichkeit Sand in die Augen streuen und hat die Kohlenverbraucher kaufscheu gemacht. Das ist das beklagenswerte Ergebnis dieser großen Unwahrhaftigkeit.

Der erwähnte Kohlenmarktbericht der Bergwerkszeitung enthält noch eine weitere beachtliche Tatsache, wenn er folgendes ausführt: „Das Hausbrandgeschäft leidet natürlich noch unter anderen Hemmungen, wie beispielsweise geringe Kaufkraft eines großen Teils des kaufenden Publikums, das nur schlecht zu bewegen ist, sich für längere Zeit einzudecken." Das Hausbrandgeschäft ist nicht unwesentlich; 1929 entfiel darauf über ein Fünftel des Inlandabsatzes des Rhein.-Westfälischen Kohlensyndikats. Im ersten Halbjahr 1930 ist der Hausbrandabsatz in Deutschland von 8,3 Mill. Tonnen auf 5,3 Mill. Tonnen zurückgegangen, was dem Reichskohlenkommissar Veranlassung gegeben hat, in einem Aufruf zur alsbaldigen Wintereindeckung zu mahnen. So auffallend es ist, daß eine beamtete Persönlichkeit gerade in dem Zeitpunkte, wo die Sommerrabatte fortfallen, zum vermehrten Kohlenbezug aufruft, so wenig zweckmäßig ist auch ein solches Beginnen. Der Kohlenkommissar hätte der Bevölkerung auch gleich sagen müssen, woher sie die Kaufkraft zur Wintereindeckung mit Brennstoffen nehmen sollen. Die Preishochhaltungspolitik des Unternehmertums unterstützt von den Zollmaßnahmen der Regierung Brüning hat einen in die Milliarden gehenden Kaufkraftausfall hervorgerufen, der weiten Teilen des Volkes, namentlich den Arbeitslosen, eine Bevorratung mit Winterkohlen einfach unmöglich macht. Wenn die Bergwerkszeitung das nun nachgrade einsieht, so müßte sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Lohnabbaubestrebungen der Zechenbesitzer einsetzen, die doch auf nichts anderes hinauslaufen, als auf eine weitere Schwächung der Kaufkraft, nicht nur der Bergarbeiter, sondern auch der von diesen abhängigen Wirtschaftskreise. Das eine wird jedenfalls dadurch klar, daß der beabsichtigte Lohnraub keine Absatzbelebung, sondern eine noch größere Absatzverschlechterung bringen wird.

Wie wenig Wirklichkeit die sonstigen Lamentos der Bergwerkszeitung enthalten, läßt sich aus dem sehr bezeichnenden Satze schließen: „Immerhin darf bei der Beurteilung der Lage nicht außer Acht gelassen werden, daß das Jahr 1929/30 für die Kohlenwirtschaft sehr günstig gewesen ist." Dieser Tatbestand läßt sich ja auch gar nicht leugnen, und man kann der Bergwerkszeitung beistimmen, daß Vergleiche nicht mit diesem Rekordjahre sondern mit dem voraufgegangenen Jahre viel eher angebracht sind, weil man dabei feststellen wird, daß der Rückgang der Bezüge längst nicht das Ausmaß hat, womit die Oeffentlichkeit bisher immer gruselig gemacht hat. Man darf nicht vergessen, daß die Förderrekorde des letzten Jahres und das Anwachsen der Haldenbestände in einem sehr engen Zusammenhang mit der Syndikatserneuerung und der dabei erfolgten Neufestsetzung der Syndikatsquoten steht. Diese spekulativen Rekorde waren unmöglich durchzuhalten. Dazu kommt, daß die Ungewißheit über das Schicksal des Syndikats, wie die Kohlenhändlerzeitung neulich schrieb, „die Absatzlage des Ruhrkohlenmarktes bereits nachteilig zu beeinflussen begann". Diese Ungewißheit ist aber lediglich auf die Schuld der Zechenbesitzer zurückzuführen, die sich über die Verteilung des Bärenfelles der Kohlenverbraucher von sich aus nicht einigen konnten. Ueberall sehen wir, wie die Bergbauunternehmer sich selber den Kohlenabsatz verdorben haben, während sie sich nunmehr anschicken, nicht etwa ihre eigenen Marktsünden wieder gutzumachen, sondern die dadurch ohnehin schon schwer geschädigten Bergarbeiter durch Lohnabbau dafür büßen zu lassen.

Nr. 198 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 26. August 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Reichstagswahl 1930

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die amtlichen Wählerlisten bis einschließlich 31. August dieses Jahres ausliegen, und zwar:

Für den Stadtteil Gelsenkirchen im Städtischen Wahlamt, Neumarkt Nr. 1 (früheres Sparkassengebäude);
für den Stadtteil Buer im Rathaus Buer, Zimmer 24, und
für den Stadtteil Horst im Rathaus Horst, Zimmer 3.

Die Wahlausweise sind allen Wahlberechtigten zugestellt, und wollen sich Wahlberechtigte, welche bis heute keinen Ausweis erhalten haben, bei vorstehenden Amtsstellen unter Vorlage des polizeilichen Anmeldescheines oder eines sonstigen amtlichen Ausweises melden. Die genannten Amtsstellen fertigen auch Wahlscheine (Reisescheine) aus und erteilen Auskunft in allen Wahlangelegenheiten.

Warnung für Parterrebewohner! In der Nacht von Sonntag auf Montag gegen 2 Uhr wurde in eine Wohnung im Hause Poensgenstraße 29 eingebrochen. Der Dieb stieg durch das Klosettfenster ein, das nur leicht angebunden war. Es gelang ihm, Kinderwäsche, Decken und Schuhe zu entwenden und in Sicherheit zu bringen. Unvorsichtigerweise stieß der Einbrecher an einen Einkochapparat. Das Geräusch weckte den Wohnungsinhaber aus dem Schlafe. Er war aber dem Djeb, der mit einem großen Messer bewaffnet war, gegenüber machtlos. Aus Wut, gestört worden zu sein, zerschnitt der Dieb einen neuen Kinderwagen. Einige Gegenstände, die er nicht gebrauchen konnte, ließ er auf der Flucht in der Unckelstraße liegen. Leider ist der Einbrecher unerkannt entkommen.

STADTTEIL BUER

Viel Geschrei und wenig Wolle

Eine von geschäftstüchtigen Reklameschmieden mit viel Aufmachung u. bemerkenswert holprigem Stile angekündigte luftakrobatische Veranstaltung, die am Sonntagnachmittag in der Nähe der Gladbecker Radrennbahn an der Buer-Hegenscheen Grenze auf dem Gelände des Landwirts Kläsener stattfand, teilte das Schicksal ihrer beiden Vorgängerinnen an Schaustellungen auf dem Gebiete des Flugwesens; es war etwas dabei, was nicht recht klappte. Damals war's das Inkasso, das, mit bemerkenswerter Geschwindigkeit ausgeführt, erst Beteiligte reichlich segnete und darüber die Schauflieger um ein Haar um ihr Honorar prellte. Diesmal war's die große Oede, die der Veranstaltung innewohnte. Ein paar Fallschirmabsprünge der angekündigten blonden Bottroperin und die in zwölfter Stunde losgelassene Montgolfiere, die in der Resser Schweiz dann ein plötzliches Ende fand, ein wenig Hangen und Bangen in schwebender Pein — das war alles und war für die Tausende von Besuchern bei 2 RM Eintrittsgeld wirklich reichlich wenig. Im übrigen taucht die Frage auf: Sollen derartige Reklamegeschichten für irgendeine Schokoladen- oder Lakritzenfirma aufgezogen werden können, ohne daß die auch bei dieser Gelegenheit wieder reichlich stark für den Ordnungsdienst in Anspruch genommene Polizei vorher die Möglichkeit hat, sich zu vergewissern, daß das in der marktschreierischen Reklame angekündigte Zauberwesen auch wirklich geboten wird. Einem Teil der Besucher schadete die Enttäuschung nicht, denn die waren weniger aus Schaulust, als um des Nervenkitzels gekommen.

Renovierungsarbeiten am Neumarkt

In den letzten Tagen konnte man beobachten, daß an der Markthalle in der Stadtmitte Renovierungsarbeiten ausgeführt wurden. Zunächst sah man Arbeiter der Städtischen Lichtwerke, die mit dem Verlegen einer neuen Zuleitung beschäftigt waren. Als diese Arbeiten beendet waren, traten die städtischen Tiefbauarbeiter auf den Plan und besserten mit roter Kesselasche die zahlreichen Vertiefungen der Marktplatzfläche aus. Bei Regenwetter hatten sich besonders in den letzten Wochen zahlreiche Pfützen gebildet, so daß es endlich Zeit war, diese notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen. Ferner waren Anstreicher dabei, die Holzverkleidung der Markthalle zum Teil zu streichen bzw. Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen. Zu wünschen wäre nur noch, daß der Marktplatz an der Stelle, wo sich die Fischstände befinden, ein Pflaster erhält, weil dieses dann bedeutend besser nach Schluß des Marktes gereinigt werden kann, und die Dünste, die die Nachbarn recht unangenehm empfinden, bedeutend schneller vergehen. Außerdem würde dann die Staubplage an dieser Stelle etwas behoben.

18jähriger Bursche tötet seinen Vater

Der in der Waterloostraße 48 wohnhafte Invalide Friedr. Stank kam am Sonntagmorgen betrunken nach Hause und ging mit einem Messer gegen seine Frau vor. Darauf drang der 18jährige Sohn Gustav auf seinen Vater ein und versetzte ihm mit einer Flasche und einer Kohlenschaufel mehrere Schläge auf den Kopf, so daß der Getroffene zu Boden sank. Er wurde sofort ins Resser Krankenhaus übergeführt, wo er infolge der erlittenen schweren Kopfverletzungen am Sonntag gegen 18 Uhr verschieden ist. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch noch nicht abgeschlossen ist, so daß über den Vorgang genaue Einzelheiten noch nicht gegeben werden können.

Verkehrsunfälle. Am Montagmorgen wurde gegen 11 Uhr auf der Marler Straße der 7 Jahre alte Heinrich K. aus der Wallstraße von einem in Richtung Buer fahrenden Motorfahrer angefahren. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster trug der Junge Verletzungen am Kopf davon. Er mußte sofort zu einem Arzt geschafft werden. Der Motorradfahrer hatte Signal gegeben und erlitt bei dem Zusammenstoß nur eine leichte Verletzung. Auf der Horster Straße wurde in der Mittagszeit ein Fußgänger von einem Radfahrer seitlich angefahren. Dieser Unfall verlief glimpflich, da nur das Rad beschädigt wurde.

Nochmals: Böhlingshof

Der Streit um den Böhlingshof hat bereits sehr weite Wellen geschlagen, und die verschiedensten Gesichtspunkte sind in der Zeit, wo ich nicht in Gelsenkirchen weilte, in den Zeitungen bereits erörtert worden. Da der Name des Unterzeichneten auch verschiedentlich genannt ist, so sei es ihm gestattet, auch seine Meinung einmal zu dieser Frage zu äußern:

Als der Gedanke der Siedlungen nach dem Kriege auftauchte, ging man davon aus, einmal mit dem Prinzip der großen Mietskasernen zu brechen und Wohnungen zu schaffen, welche dem einzelnen auch die Freude am Eigenheim geben sollten. Es sollte ein Eigenheim im richtigen Sinne des Wortes werden. Schon früher hatte man in Gelsenkirchen den Siedlungsgedanken mit kleineren Häusern und angeschlossenem Garten gehabt, wie die Sophienau zeigt, alle dort Wohnenden werden sich freuen, dort ihr Heim zu haben. Es ist ein großer Gegensatz zu den großen Mietskasernen in anderen Straßen. Auch der Böhlingshof sollte diesen Charakter tragen. Es sei nur auf die Baubedingungen, § 9, Absatz 2 bis 6, hingewiesen, welcher dieses beweist. Es sind dies Mußvorschriften und keine Konzessionen, wie irrtümlich behauptet wird.

„2. Die Erbauung von Hintergebäuden ist untersagt. Es können indessen zugelassen werden Bauwerke kleineren Umfanges, wie Lauben, Hühnerställe, Autoschuppen und dergleichen. Werden diese Bauwerke an den Grenzen errichtet, dann sollen die senkrechten Giebelwände an diesen Grenzen höchstens 2½ Meter hoch sein und müssen den Nachbarn zur Bepflanzung freigegeben werden.

3. Das auf dem Grundstücke zu errichtende Wohnhaus darf, soweit durch die jeweilig geltenden baupolizeilichen Bestimmungen eine weitergehende Beschränkung nicht bedingt ist, nicht mehr als zweieinhalb Stockwerke erhalten. Die Höhe des Hausgesimses und der Dächer sowie deren Neigung, Form und Größe der Dachaufbauten, Erker und Vorsprünge unterliegt der Festsetzung durch die Stadtgemeinde (Hochbauamt) im Interesse eines einheitlichen Straßenbildes.

4. Das auf dem Grundstück zu errichtende Gebäude darf nicht mehr als zwei Wohnungen erhalten.

5. Ein Vorgarten darf lediglich als Ziergarten, nicht als Gemüsegarten Verwendung finden. Auch darf in ihm keine Rasenbleiche eingerichtet werden.

6. Durch die Benutzung des Kaufgrundstücks darf der Charakter der Gegend als ruhiges Wohnviertel nicht gestört werden; vielmehr ist das Kaufgrundstück nur zu Wohnzwecken zu verwenden. Gewerbliche Anlagen jeder Art, insbesondere alle fabrikmäßig oder maschinell betriebenen Werksanlagen sind auf dem gekauften Grundstück verboten. Gewerbebetrieb ist nur insoweit zulässig, als Kontorräume hergestellt und benutzt werden dürfen."

Meines Erachtens ist es Aufgabe des Städtebauers, in diesem Sinne auch die Bebauung weiterzuführen und dafür Sorge zu tragen, daß das Gelände, welches besiedelt wird, auch den Anforderungen einer gesunden Siedlungspolitik entspricht. Von den Häusern an der Bismarckstraße sei einmal abgesehen, da man darüber vielleicht noch geteilter Meinung sein könnte. Das Ideal ist es doch, daß jeder Siedler sein eigenes Gärtchen besitzt und nach Möglichkeit auch einmal ein Häuschen, in dessen Besitz er einmal gelangen kann, und daß das Prinzip der großen Mietskaserne vermieden wird. Dieses Bild wird aber durch das neue Projekt vollständig zerstört. Es würde doch auch die Faust aufs Auge bedeuten, wenn man plötzlich mitten in eine ähnliche Siedlung, wie die Sophienau, die Preußensiedlung oder ähnliche, einen großen Häuserblock setzen würde. Wohl ein jeder der hier Wohnenden würde sich mit Fug und Recht gegen eine solche Auffassung wehren. Ein solcher Block zerreißt sofort das ganze Bild. Da wäre es doch zu begrüßen, wenn man dann den Kleingärtnern mit ihren netten Lauben die Flecken beließe, da meines Erachtens dieses bedeutend angebrachter ist, als das vorliegende Projekt.

Wenn auf die Elisenstraße oder besser gesagt Waltrautstraße in einer Entgegnung hingewiesen wird, so ist es doch gerade das, was erreicht werden sollte im sozialen Interesse. Auf diesem Wege sollte man ruhig noch weiter gehen, wie es die oben angeführten Bestimmungen für Böhlingshof ja auch tun. Die Vorlage ist aber genau das Gegenteil und läßt jeglichen sozialen Gedanken vermissen.

Gerade in der Polemik wird das soziale Moment in den Vordergrund geschoben und m. E. mit vollem Recht. Wenn man diesen Dingen nachgeht, so hat über allem zunächst auch der soziale Gesichtspunkt zu stehen. Nun ist aber gerade auf diesem Gebiet die gewissenhafteste Prüfung notwendig, ob eine Sache auch wirklich sozial ist oder nicht. Wir haben es erleben müssen, daß so manches, was anfangs sozial erschien, sich später ins Gegenteil verwandelt hat, auch auf dem Gebiete des Bauwesens. Betrachten wir uns das vorliegende Projekt, so sollen in einem großen Häuserblock 128 Wohnungen errichtet werden. Inmitten dieses Blockes soll ein großer Hof mit Spiel- und weiteren Gelegenheiten sein. Da taucht die Frage auf, wieviel Menschen werden sich bei schönen Tagen und Abenden bei 128 Familien in diesem Hofe aufzuhalten haben, besonders auch, wenn der ganze Verkehr durch diesen Hof gehen soll? Ob hier den Kindern wirklich etwas Gutes geboten wird, was auch den aufgestellten sozialen Ansprüchen genügt, ist m. E. sehr fraglich, besonders im Vergleich zur offenen Bauweise. Die Frage der Innenhöfe ist doch schon bei den Fachleuten eine überlebte Sache. So hat sich z. B. herausgestellt, daß hier eine Durchlüftung nicht stattfinden kann.

Weiterhin muß man sich den Preis des Zimmers einmal vor Augen führen. Eine Dreizimmerwohnung würde nach dem vorliegenden Projekt 3 mal 23 RM, gleich 69 RM, oder im Jahr 829 RM kosten. M. E. kann man ungefähr für dieselbe Verzinsung ein kleines Häuschen mit einem kleinen Garten herstellen. Wenn man dazu übergehen würde, die letzte Bauweise zu wählen und es dahin zu bringen, daß man kleine Häuschen bzw. Doppelhäuschen mit anliegendem Garten schaffen würde, so würde man hier viel mehr dem Sinne der Verfassung gerecht werden, als durch die vorgesehenen großen Mietskasernen.

Ebenfalls heißt es in den Richtlinien des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt über die Vergebung von Hauszinssteuern, daß möglichst die Hauszinssteuerhypotheken für Ein- bis Zwei-Familienhäuser gegeben werden. Im vorliegenden Falle kommt das Geld von dem betreffenden Minister selber. Wenn er es für eine Mietskaserne gegeben hat, so schlägt er sich ja selbst ins Gesicht. Der Westdeutsche Heimstättenverband hat in seiner am 17. August in Dortmund gefaßten Entschließung schon recht, wenn er auf die Innehaltung dieser Richtlinien drängt.

Wenn man ferner bedenkt, daß der Eigentümer viel mehr Freude an seinem Heim hat und es mit ganz anderer Liebe erhält und pflegt, so sollte man doch den früheren Richtlinien in dieser Hinsicht folgen. Man würde den Mietern einen entschieden größeren Dienst damit erweisen.

Wenn entgegengehalten wird, daß die kleinen Siedlungen zu teuer kommen, so muß darauf entgegnet werden, daß die Tatsachen anderes beweisen. Ich verweise auf die Siedlungen des Bauunternehmers Kasten (Gladbeck), welche vom Siedlungsverband als mustergültig bezeichnet wurden. Wenn jemand die Miete für die Dreizimmerwohnung dieses Projektes aufbringen kann, so kann er ebensogut die Verzinsung eines kleinen Heimes in offener Bauweise tragen.

Was zu Anfang zu bedenken gegeben hat, war die Tatsache, daß bei der Errechnung der Mieten keine Verzinsung des Eigenkapitals vorgesehen war, trotzdem dasselbe als eingebracht angegeben wird. Man muß deshalb vermuten, daß hier etwas nicht richtig ist. Wenn die Stadtverwaltung für ein solches Projekt nun die Bürgschaft übernimmt und die Berechnungen sind nicht ganz durchsichtig und einwandfrei, so läuft sie Gefahr, an dem Projekt hängenzubleiben. Wenn eine Ueberführung in andere Hände auf diesem Wege gegeben ist, so ist die Sache an und für sich weiter nicht gefährlich. Es ist aber doch wohl sicher, daß einen solchen Häuserblock wohl niemand kaufen kann und kaufen wird. Kleine, schöne Eigenheime werden dagegen stets ihren Liebhaber finden und auf die Dauer wiederverkäuflich sein. Aus diesen Gesichtspunkten heraus kann man auch für das vorliegende Projekt sich nicht erwärmen, da die Gefahr, wie gesagt, besteht, daß der Stadtsäckel dadurch belastet wird, und die Steuerschraube eine weitere Anspannung erfahren muß.

Der Preis des Zimmers von 23 RM und die Kosten einer Wohnung erscheinen den Fachleuten auch ganz bedeutend zu hoch. Eine Reihe derselben erbietet sich, dasselbe Projekt, wenn ihnen auch diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, bedeutend billiger herzustellen. Ob es nun sozial gedacht ist, eventuell den letzten Weg zu wählen und für billige Wohnungen zu sorgen, anstatt mit beiden Füßen auf den vorliegenden Vorschlag zu hüpfen, möge dem objektiv denkenden Publikum überlassen bleiben.

Zu bedenken ist weiter noch, daß der Heimbau eine Produktivgenossenschaft ist, welche eigene Handwerker aller Schattierungen in eigener Regie beschäftigt, und deren Hauptinteresse dahin geht, Arbeit für ihre eigenen Leute zu finden.

Daß nun die Anlieger des Böhlinghofes gegen ein solches Projekt Stellung nehmen, kann ihnen kein vernünftig Denkender verübeln, vielmehr muß es jedem klar sein, daß kein Teil der Bevölkerung Gelsenkirchens an dieser Sache Freude haben wird.

Dr. Bäumer.

*

Wir geben die obigen Ausführungen des Herrn Dr. Bäumer, der selbst Anlieger des Böhlinghofes ist, wieder, um auch einmal eine Einzelstimme der Interessenten gegen die Siedlung der „Heimbau"-AG. zu Worte kommen zu lassen. Was bei diesen Zeilen vor allem die sozialen Erwägungen betrifft, so müssen wir schon sagen, daß sie nicht allzu tiefgründig sind, und daß der Wunsch des Verfassers bei diesen Ausführungen eine nicht geringe Rolle spielt. Wir können sagen, daß diese Entgegnung bei uns nicht großen Widerhall findet.

*

Was die Stadtverwaltung sag

Die Stadtverwaltung schreibt uns:

Zu dem Bauvorhaben der Deutschen Heimbau-AG. an der Bismarckstraße (irrtümlich „Am Böhlinghof" bezeichnet) sind in den letztvergangenen Tagen von verschiedenen Seiten kritische Ausführungen veröffentlicht worden, auf die im einzelnen einzugehen, vor endgültiger Entscheidung über die Angelegenheit verfrüht wäre. Die zuständigen städtischen Ausschüsse und Verwaltungsabteilungen werden das genannte Bauvorhaben wie jedes andere auf seine Durchführbarkeit und seine Vor- und Nachteile für die Stadtgemeinde nach Vorlage der endgültigen Pläne und Kostenanschläge abschließend nachprüfen. Dieses ist selbstverständlich und auch in den zunächst grundsätzlich zustimmenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses vorgesehen. Bei der Durchführung werden auch die in der Oeffentlichkeit vorgebrachten Bedenken erörtert werden, insbesondere, inwieweit sie lediglich aus Gründen der Werbung oder anderen durchsichtigen Absichten geäußert worden sind.

Grubenunfall. Am Samstag erlitt der Bergarbeiter F. aus der Emscherstraße auf der Zeche Matthias Stinnes einen schweren Grubenunfall. Er geriet bei seiner Arbeit unter herabfallende Gesteinsmassen und wurde mit schweren Verletzungen zu Tage gefördert. F. wurde sofort dem St. Josephshospital zugeführt.

Straßenausbau. Zur Zeit sind Tiefbauarbeiter dabei, das Stück der Verbandsstraße O. W. 2a, vom Schnittpunkt der Essener bis zur Röckstraße, in der neuen Wörthsiedlung auszubauen. Dieses Straßenstück ist daher für den Verkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt durch die Moltkestraße. Auch sind in der Löchtersiedlung größere Straßenbauarbeiten zur Zeit im Gange. Hier erhält die Löchterstraße an der nördlichen Seite einen Bürgersteig.

STADTTEIL HORST

Den Betriebsführer geneppt. Vor einigen Tagen erschien bei einem Betriebsführer in Horst ein Elektriker F. L. mit einem Empfehlungsschreiben von den Vereinigten Stahlwerken in Dortmund. L. gab an, mit diesem Schreiben zum Bergassessor geschickt zu sein. Wegen seiner Beschäftigung und da er diesen nicht angetroffen hatte, wandte er sich an den Betriebsführer. Im Laufe der Unterhaltung ging L. den Betriebsführer um einen Geldbetrag an, der ihm auch gewährt wurde. Später mußte aber der Betriebsführer die Feststellung machen, daß es sich bei dem L. um einen Schwindler handelte, der dieserhalb bereits vorbestraft ist.

Weiße Zähne: Chlorodont

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Mit dem Ei gestempelt.

Schon vor wenigen Tagen wurde in gleicher Angelegenheit ein armer erwerbsloser Sünder vor die Schranken des Gerichtes gezogen. Ausgerechnet in Wanne-Eickel waren einige Stempelbrüder auf den Gedanken gekommen, durch Fälschung der Karte sich in den unrechtmäßigen Besitz der wenigen Groschen Unterstützung zu setzen. Es war von vornherein klar, daß derartig plumpe Versuche gleich herauskommen mußten. Und so kam es in der Tat. Der Angeklagte P. K. hat, um es ganz schlau anzufangen, ein Ei gekocht und mit diesem gekochten Ei einen anderen Stempel abgezogen. Es gelang ihm, das so gewonnene Stempelbild auf das leere Feld zu bringen, zwar nicht gerade sehr deutlich, aber immerhin bei oberflächlicher Betrachtung eine Täuschung ermöglichend. P. K. ist nicht in den Genuß des erhofften Geldes getreten. Schon der Stempelbeamte erkannte die Fälschung und hielt den Mann mitsamt der Karte fest. Weil derartige Fälle allzu häufig vorkamen, entschloß sich das Gericht bei Zuerkennung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Gegen eine Buße von 40 RM erhält der arme Teufel Bewährungsfrist.

Lebenslauf eines Personenwagens.

Von einem Bekannten bezog die Autohandelsgesellschaft Str. einen Wagen, den sie nach einiger Zeit an die Frau Sch. verkaufte gegen eine Anzahlung von 1000 RM. Nun war die Frau aber nur die Person, die ihren Namen hergegeben hatte. Der Wagen selbst war für ihren Sohn in Berlin bestimmt, der mit dem Auto Lohnfahrten ausführen wollte. Auf der Strecke von Berlin zurück — weil der Käufer allerlei auszusetzen hatte, ging der Wagen wieder nach Wanne — mußte die Limousine in der Nähe von Hannover stehen gelassen werden, weil sie sich nicht dazu verstand, weiterzulaufen. Dem Verkäufer war es darum zu tun, entweder den Wagen oder das Geld (2500 RM) zu erhalten. Aber zu seinem Leidwesen sah er nichts von allem. Mit dem besten Willen war nicht festzustellen, wo der Wagen sich aufhielt. Nun kam der Zufall zu Hilfe. Denn einen Tag vor dem Termin entdeckte der geschädigte Herr Str. sein Gefährt in B., als es vor einer Wirtschaft stand. Er ging hinein und wurde mit dem Besitzer bekannt, der den Wagen vor kurzer Zeit von einem seiner Bekannten gekauft hatte. Es ist also sicher, daß durch die Frau Sch. oder — vielleicht ohne ihr Wissen — von ihrem Sohn der Wagen an einen Essener Händler geleitet worden, und dieser hat den Kreislauf des Wagens vorläufig zu Ende geführt. Die Verhandlung gegen die Frau Sch., der Unterschlagung vorgeworfen wird, wird auf unbestimmte Zeit vertagt, da der Verdacht besteht, daß auch der Sohn beteiligt ist. Das ist für einen einfachen Wagen im Werte von 3500 RM ein reichlich bewegtes Schicksal.

Drei Männer haben geschlagen.

Der Vater J. B. mit seinen beiden Söhnen hat am 1. Juni einen anderen Jüngling gehörig verdroschen. Aber die Drei hatten dazu, um das schon vorweg zu nehmen, gute Gründe. Der geschlagene Qu. hat ein unbeschreiblich herausforderndes Benehmen an den Tag gelegt, daß es über kurz oder lang sicher zu einer fühlbaren Auseinandersetzung kommen mußte. Im Hof ist es nach einem Intermezzo vor dem Fenster zu einem Handgemenge gekommen, in dessen Verlauf Qu. und nicht die Angeklagten B. zu einem Messer gegriffen hat, wie auch vorher sich schon mit einem Ziegelstein bewaffnet hatte. Außerdem war wenige Tage vorher der Qu. auf Grund einer sehr berechtigten Anzeige des B. von der Polizei in eine Ordnungsstrafe genommen worden. Er hat dafür sicherlich den B. nachträglich eins auswischen wollen. Man gewinnt bei dieser Sachlage den Eindruck, daß Qu. der eigentliche Veranlasser der unliebsamen Vorkommnisse war, bei denen er selbst allerdings eine gehörige Wucht Prügel davontrug, aber seine Angreifer auch durch Messerstiche verletzte. Es war recht und billig, daß das Gericht zu einem Freispruch für alle drei Angeklagten kam.

Auskunftserteilung an die Berufsgenossenschaften

In verschiedenen Einzelfällen wurden Zweifel geäußert, ob eine Unterstützung der Berufsgenossenschaften bei der Ermittlung von nicht gemeldeten versicherungspflichtigen Betrieben durch die Gestattung der Einsichtnahme in die bei den Gewerbeaufsichtsämter geführten Karteien sich mit der den Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung auferlegten Pflicht zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Ueberwachung unterliegenden Anlagen vereinbaren läßt. Hierzu wird in einem Runderlaß des preußischen Handelsministers dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge bemerkt:

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist Mitglied der Berufsgenossenschaft jeder Unternehmer, dessen Betrieb zu den ihr zugewiesenen Gewerbezweigen gehört und in ihrem Bezirke seinen Sitz hat. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Eröffnung des Betriebes oder mit seiner Versicherungspflicht; sie ist also nicht von der Anmeldung abhängig, zu der der Unternehmer u. a. unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes und der Zahl der Versicherten verpflichtet ist. Die Anzeige ist in zweifacher Ausfertigung dem Versicherungsamt einzureichen, das eine Ausfertigung dem Vorstande der Berufsgenossenschaft übersendet. Bei Unterlassung der Anzeige kann das Versicherungsamt den Unternehmer durch Geldstrafe anhalten, binnen einer bestimmten Frist Auskunft zu erteilen. Der Genossenschaftsvorstand kann gegen Unternehmer, die ihrer Pflicht zur Anmeldung der Betriebe nicht nachkommen, Geldstrafen verhängen.

Die Berufsgenossenschaft hat demnach einen gesetzlichen Anspruch darauf, daß ihr Bezeichnung, Art und Belegschaftszahl der zu ihrer Genossenschaft gehörenden Betriebe mitgeteilt werden. Daraus ist zu folgern, daß die Pflicht zur Geheimhaltung der amtlich zur Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der der Ueberwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten unterliegenden Anlagen nicht verletzt wird, wenn diese Beamten der Berufsgenossenschaft behilflich sind, Feststellungen über Tatsachen zu treffen, die mitzuteilen der Unternehmer gesetzlich verpflichtet ist; es ist vielmehr darüber hinaus als zulässig zu erachten, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten von sich aus dem Versicherungsamt oder der Berufsgenossenschaft Mitteilung über die Unterlassung der Anzeige machen, falls sie bei der Betriebsbesichtigung entsprechende Feststellungen machen sollten. Der Minister für Handel und Gewerbe trägt deshalb keine Bedenken dagegen, daß der Berufsgenossenschaft die erbetene Einsicht in die Kartei der Gewerbeaufsichtsämter gestattet wird, er setzt aber voraus, daß die Einsicht in der Weise erfolgt, daß etwaige andere Bemerkungen über die Betriebe, die für die Beurteilung der Versicherungspflicht belanglos sind, hierbei nicht zur Kenntnis der Berufsgenossenschaft gelangen.

11½ Stunden vor dem Arbeitsgericht

Arbeiter klagen gegen den Schalker Verein

Noch kein Urteil gefällt / Die Zeugen machen ihre Aussagen / Ein Arbeiter, der reif ist, befördert zu werden

Nächsten Samstag, mittags 12 Uhr, Urteilsverkündung

Allgemein rechnete man nicht damit, daß in dem Streit des Arbeiterrates vor dem Arbeitsrichter schon am vergangenen Samstag, der damit der zweite Verhandlungstag war, ein Urteil gefällt werden würde. Und so kam es denn auch. Zeugensaussagen nahmen die Zeit, die zur Verhandlung zur Verfügung stand, in Anspruch. Der erste Herr, der von dem Vertreter der Beklagten Dr. Hölters vorgeführt wurde, war der Lohnbuchhalter Knoch. Er hat die Aufgabe, zu beweisen, daß es an den Schaltern, vor denen die Arbeiter die verhängnisvollen, unleserlichen, aufgedruckten Zusätze unterschrieben haben, so zugegangen ist, wie es ein geordneter Betrieb erfordert. Seine Aussage bleibt aber ganz und gar unwesentlich. Er hat erst am 16. Juli Schalterdienst gehabt und nur eine Reihe Arbeiter abgefertigt. Im übrigen sind seine Bekundungen so unbestimmt, daß man dem Vorsitzenden dankbar ist, als er den Herrn Knoch wieder abtreten läßt. Konkret, im Gegensatz zu den Ausführungen dieses Angestellten, sind die Aussagen der beiden Arbeiter, die jetzt vor den Richtertisch treten. Vor allem schildert der Arbeiter Heinrich Hans die Art und Weise, auf die den Leuten die Unterschrift abgefordert wurde. Er ist an den Schalter gekommen, hat die Karte vorgelegt bekommen und unterschrieben, ohne daß er auf die schwerwiegende Bedeutung aufmerksam gemacht worden wäre. Als er sich zum Gehen gewandt hatte, gab ihm der Feuerwehrmann, der „den Verkehr regelte", einen Wink, er habe das Recht, den aufgedruckten Stempel durchzustreichen. In dem Augenblick hatte der Beamte die Karte schon weggezogen und dem nächsten schon wieder zugerufen: „Los, los! Unterschreiben!" Als er die Karte noch einmal zurückverlangte, bekam er von dem Schalterbeamten zur Antwort: „Ach, es ist schon erledigt, die ganze Sache hat auch weiter keine Bedeutung!" Der nächste Arbeiter bekundet weiterhin, daß es unmöglich gewesen sei, auf die versteckten Zeilen der Karte und das Plakat, das an beinahe noch versteckterer Stelle hing, aufmerksam zu werden. Zu dem Gedränge und der Aufregung kam noch die Dunkelheit, die die Leute, während sie unterschrieben, am Schalter umgab. Nicht der letzte Grund war das Verhalten der Beamten, die die Sache als einfache, nichtssagende Formangelegenheit den nichtsahnenden Arbeitern aufschwätzten. Diese Darstellung wird Herrn Dr. Hölters hoffentlich Veranlassung geben, noch einmal über diesen bestrittenen Vorgang nachzudenken. Er wird am Ende nicht umhin können, „die Sache als wahr zu unterstellen".

Wir können uns schenken, der Gerichtsverhandlung auf ihren Urwaldgängen zu folgen, deren Ziel die Klarstellung der Vorgänge des 2. und 3. Juli ist. Fest steht, daß es sich nicht um die von Dr. Hölters erhoffte Werksrevolte handelt, sondern daß, wenn man irgendeinem schon die Schuld geben will, der erste Schuldanwärter die Betriebsverwaltung ist, die — man kann es nur immer wiederholen — die Belegschaft über die wahren Abzüge und die neuen Sätze so lange im trüben ließ, bis es zu spät war, und Polizei und Ueberfallkommando im Verein mit dem „Militärverein" vom Schalker Verein unter Leitung seines Hauptmachers Gebauer einschreiten konnten. So einfach, wie Herr Dr. Hölters die Sache wahrhaben möchte, liegen die Verhältnisse denn doch nicht. Einwandfrei bekundet selbst der seltsame Arbeiter Kirschmann, daß er am 2. Juli noch nicht wußte, woran er war. Und wenn der es sagt, wird auch sein Direktor sicherlich nicht mehr daran zweifeln.

Ein weiteres wesentliches Moment, das u. E. wichtiger ist, als mancher Wortkampf um andere Dinge, die gehört sein wollen, und die das Charakteristikum für die Revolte sein sollen. Warum hat die Betriebsleitung am 3. Juli (Donnerstag morgen) den Ofen nicht für die Arbeit vorbereiten lassen, sondern ihn aus dem Arbeitskreis ausgeschaltet? Es ist sicher, daß unter diesen Umständen die Arbeit ohne weiteres nur einige Stunden weitergehen konnte. Diese Tatsache beweist, daß die Verwaltung mit Zuspitzung der Dinge rechnete, daß es ihr sogar lieb war, weil sie alle Anstalten getroffen hatte, diese Zuspitzung zu begünstigen. Es liegt die Vermutung sehr, sehr nahe, daß das provozierende Verhalten Absicht war, und es für die Verwaltung eine Ueberraschung war, daß die Arbeiter verlangten, reinen Wein eingeschenkt zu bekommen. **Das war der Anlaß zu den Betriebsversammlungen.** Aber prompt antworteten die Gewaltigen mit dem

Massenrausschmiß.

Wir behalten uns vor, auf die Einzelheiten der Samstagverhandlung noch zurückzukommen. Für den Augenblick müssen wir nur sagen, daß wir uns das Verhalten des Kommunisten Jakubeit etwas anders vorgestellt hätten. Bezeichnend ist, daß wir während seiner Vernehmung nicht im geringsten auf den Gedanken kommen konnten, es mit einem Vertreter der allerrevolutionärsten Partei unter der Sonne zu tun haben. Das erfuhren wir erst, als die Sitzung aus war. Jakubeit mußte natürlich selbst wissen, wie er am besten fahren wollte. Aber eine revolutionäre Anklage war seine Aussage nicht! Er darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die zahmste Aussage des ganzen Prozesses gemacht zu haben. Und das ist ja schließlich wenigstens etwas. Da übertraf den kommunistischen Weltrevolutionär, der wahrscheinlich nur dann aus sich herausgeht, wenn nicht soviel peinliche Zuhörer dabei sind, sogar der Mann, der zum Teil die Berechtigung hatte, eine Ausnahme unter den Arbeitern, die aussagten, zu sein. Er ist noch auf dem Schalker Verein in Arbeit. Aber er hat diese Auszeichnung redlich verdient. Niemand hatte von ihm verlangen können, daß er sich durch sein Verhalten der Firma gegenüber ins Unglück gesetzt hätte. Aber was Kirschmann an den Tag legte, das kennzeichnet ihn für lange Zeit in den Augen der Arbeiterschaft. Wir hoffen, daß er keiner Organisation angehört. Mit diesem Vertreter kann niemand prunken, ausgenommen allerdings der Unternehmer. Im guten Zimmer des Schalker Vereins ist dieser Herr Kirschmann eine edle Nippfigur. Mit einem Arbeiter, der weiß, was er sich schuldig ist, hat ein solcher Vertreter nicht viel zu tun. Zum Glück! Er hat bei den verschiedenen Abstimmungen dabeigestanden und — vielleicht anderen Leuten, die sehr an dem Ausgang der Versammlungen interessiert waren, rasche Kunde hiervon gemacht. Auf die Frage, warum er, da er doch dabeistand, nicht mitgestimmt habe, erklärte er programmatisch: **„Weil mir das zu dämlich war!"** Nun wissen wir, woran wir mit ihm sind. Es ist nur schade, daß derartige Formulierungen nicht ins Protokoll aufgenommen werden. Es wäre außerordentlich kennzeichnend für den Geist eines solchen Menschen, dem es zu dämlich ist, sich mit seinen Kollegen in eine Reihe zu stellen.

*

Gegen 15 Uhr (nach wiederum sechsstündiger Sitzung) erklärte Amtsgerichtsrat Reise, das Gericht habe beschlossen,

am Samstag, dem 30. August, das Urteil in diesem Prozeß zu verkünden.

Ob es nicht angebracht gewesen wäre, **den einen oder anderen Zeugen noch zu vernehmen?** Vielleicht. Der tatsächliche Sachverhalt ist längst klar geworden. Die Arbeiterschaft erwartet nicht Milde und Nachsicht, aber ein gerechtes Urteil. H. C.

Große öffentliche Frauenkundgebung in Buer

am Donnerstag, dem 28. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Modernen Theater, Buer, Rusfelplatz. Referentin: Käthe Schaub, Dortmund. Der Vortrag wird durch interessante Filmvorführungen illustriert. Frauen von Buer, kommt und holt euch die Aufklärung, die für diesen Wahlkampf so unbedingt notwendig ist! Nach der Veranstaltung gemütliches Beisammensein im Volkshaus. — Frauengruppe der SPD., Buer.

Was sind die Beamten?*)

Schweine, gefräßie Ratten, Maden

Zu dem angeblichen „Staatsvolk", auf das sich die Regierung Brüning stützt, gehören u. a. auch die Landbündler und die Mittelständler, zwei Parteien, die kleinerlei grundsätzliches Programm haben, sondern lediglich nackte Interessenvertreter sind. Sie vertreten ihre Forderungen mit einer Sturheit, als ob sie allein der Staat wären und es um sie herum weiter nichts gäbe. Sie jammern über die zu hohen Steuern, über die sozialen Lasten, über die hohen Löhne und die anderen sozialen Pflichten, die sie erfüllen müssen. Und weil nach ihrer Meinung die Steuern nur erhoben werden, um die Beamten zu bezahlen, haben diese Kreise eine geradezu hysterische Wut auf die Beamtenschaft.

Bekannt sind die Aeußerungen eines Landbündlers bei einer Demonstration in Neustrelitz, der seinen Zuhörern zurief:

„Du, Bauer, fütterst im Jahr ein Schwein und bekommst im Höchstfall 100 Mark dafür; der Staat aber hat viele Hunderttausende von Schweinen, die 300 bis 700 Mark monatlich erhalten!"

Und auch das werden die Beamten nie vergessen, daß bei einem Landbundumzug in Schleswig-Holstein eine Tafel vorangetragen wurde mit der Aufschrift:

„De Beamten un de Swien, de sin unser Ruin!"

Der gleiche Ton herrscht in der Mittelstandspartei. So hatte der Reichstagsabgeordnete Kolosser in einer Mittelstandsversammlung in Berlin die denkwürdigen Worte gesprochen:

„Ich rufe Sie zum Kampf gegen die gefräßigen Ratten auf, die stets im Begriffe sind, Handel, Handwerk, Gewerbe und Grundbesitz mit Haut und Haaren zu verschlingen!"

Das tollste leistet sich jetzt aber das Organ der Mittelstandspartei, die „Deutsche Mittelstandszeitung", mit dem Abdruck folgenden Gedichtes:

„Einst war er ein Schinken, fein saftig und mild,
An dem haben Räuber den Hunger gestillt.
Die ließen nur einige Fetzen am Knochen,
Draus konnt man zur Not noch 'ne Suppe kochen. —
Doch leider saßen an Knochen und Resten
Unzählige Maden in wimmelnden Nestern,
Die taten sich gütlich und nährten die Plauzen
Und sogen mit fettigen, wulstigen Schnauzen
Die letzte Kraft noch aus Knochen und Mark,
Sie fühlten dabei sich behaglich und stark
Und dachten: Im Grunde geht's uns gar nicht schlecht,
Schön ist doch solch wohlerworbenes Recht!
Es waren aber noch andere da,
Die waren fast dem Verhungern nah!
Die meinten, daß sich die Maden, die fetten,
Nun wohl genügend versorget hätten,
Und wäre schon nichts mehr am Knochen dran,
So wär' es doch billig und recht getan,
Wenn auch an andre die Maden mal dächten
Und sie dem Staat ein Opfer brächten. —
Da aber flammte schärfster Protest
Spontan von Maden- zu Madennest!
Das wäre Einkommenskonfiskation
Und auf das Madenrecht blutiger Hohn!
Das Leben sei bekanntlich sehr teuer,
Und brauche man schon eine Sondersteuer.
So möge gefälligst man sich bequemen,
Sie dort in verstärktem Maße zu nehmen,
Wo man an solche Art Steuer gewöhnt sei,
Die bei den Maden strengstens verpönt sei;
Denn gerade bei diesen sei sie nun mal
In höchstem Maße unsozial! —
So künden die Maden in Harnisch und Rüstung
Laut ihre ungeheure Entrüstung. —
Ich frage dagegen: Kann ihnen dran liegen,
Mitsamt dem Knochen ins Feuer zu fliegen?"

Wir sagen dazu weiter nicht, als: **Pfui Teufel!**

*) Wir entnehmen diesen Artikel der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung", dem Organ der freien Gewerkschaften!

Nr. 198. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 26. August 1930.

Das Müller-Kabinett und das Brüning-Kabinett

Die Unterschiede in ihrer Leistung

Es ist nicht ohne Reiz, einmal die Leistungen der beiden Regierungen — der Hermann-Müller-Regierung und der Brüning-Regierung gegenüberzustellen, damit der Wähler sieht, wie die Tatsachen sind.

Was tat Müller, was tut Brüning?

Das Kabinett Hermann Müller hatte nicht die Möglichkeit, rein sozialistische Politik zu treiben, denn es war ein Koalitionskabinett. Die Sozialdemokratie war in ihm in der Minderheit. Deshalb können die Taten der Regierung Hermann Müller nicht als Taten einer rein sozialdemokratischen Regierung angesehen werden. Die Sozialdemokratie konnte im Kabinett Hermann Müller nur versuchen, ihren Einfluß soweit als möglich durchzusetzen. Trotzdem besteht **ein gewaltiger Unterschied zwischen den Taten der Regierung Hermann Müller und der Regierung Brüning.** Dieser Unterschied beweist am besten, welche Politik von einer Regierung getrieben wird, in der die Sozialdemokratie vertreten ist, und von einer Regierung in der gegen die Sozialdemokratie regiert wird. Zum Beweis einige Beispiele:

Sozialpolitik

Trotz ihres Ansturms ist es den Verbänden der Unternehmer nicht gelungen, während des Bestehens des Kabinetts Hermann Müller die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern. Wenn auch die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit in der Regierung hatte, konnte sie doch gegen die Unternehmerwünsche erfolgreich Widerstand leisten und die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung erhalten.

Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung hat der Widerstand des Kabinetts gegen die soziale Reaktion aufgehört. Die Regierung Brüning hat nach dem Willen der Unternehmer mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung um rund 100 Millionen durchgeführt.

Im Kabinett Hermann Müller hat der Sozialdemokrat Karl Severing als Schiedsrichter im Lohnkampf der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Hunderttausenden von Arbeitern im Kampf gegen die Unternehmer Lohnerhöhungen durchgesetzt.

Im Kabinett Brüning hat der Zentrumsarbeitsminister Stegerwald den Oeynhauser Schiedsspruch für verbindlich erklärt und damit für 200 000 Metallarbeiter eine Lohnkürzung um durchschnittlich 200 Mark pro Jahr herbeigeführt.

110 000 Notstandsarbeitern hat im Sommer 1929 die Regierung Hermann Müller Beschäftigung gegeben. Die Regierung Brüning beschäftigt im Sommer 1930 trotz verstärkter Arbeitslosigkeit nur 34000 Arbeitslose mit Notstandsarbeiten aus Reichsmitteln.

Die Regierung Hermann Müller hat für die Familienwochenhilfe 32 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Regierung Brüning hat diese Zuschüsse auf die Hälfte herabgesetzt und damit die Unterstützungen für bedürftige Wöchnerinnen entsprechend vermindert.

Den Landarbeiterwohnungsbau hat die Regierung Müller durch die Hergabe von 60 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt gefördert. Die Regierung Brüning zahlt nur 15 Millionen für den Landarbeiterwohnungsbau. Die Schaffung menschenwürdiger Behausungen für Landarbeiter stellt die Regierung Brüning zurück hinter die Erfüllung der Forderungen der Großagrarier.

Die Unfall- und Invalidenversicherung wurde unter der Regierung Hermann Müller wesentlich erweitert. Von der Regierung Brüning ist dafür auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Krankenversicherung in ihren Leistungen erheblich verschlechtert worden. Für Krankenschein und ärztliches Rezept müssen alle Kranken, auch die Erwerbslosen und Schwerbeschädigten, heute eine Gebühr von 50 Pf. zahlen.

Wirtschaftspolitik

Die Regierung Hermann Müller hat systematisch die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern ausgebaut, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist ihr gelungen, nach fünf Jahren Zollkrieg einen deutsch-polnischen Handelsvertrag zustande zu bringen, der 100 000 Arbeitslosen Arbeit bringen würde.

Die Regierung Brüning hat dagegen in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise und größter Arbeitsnot die Annahme des deutsch-polnischen Handelsvertrages im Reichstag nicht zustande gebracht. Ihre verkehrte Handelspolitische Einstellung hat uns dafür in wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Holland gebracht.

Die Regierung Müller hat mit Erfolg versucht, die Subventionswünsche der ostdeutschen Wirtschaft in Bahnen zu lenken, durch die der ostdeutschen Wirtschaft ganz allgemein und nicht nur der ostdeutschen Großlandwirtschaft geholfen worden ist.

Die Regierung Brüning hat dagegen unter dem politischen Druck der ostdeutschen Großlandwirtschaft ein Osthilfegesetz auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen, durch das im wesentlichen nur Subventionen für die ostdeutsche Großlandwirtschaft gezahlt werden. Für die anderen östlichen Wirtschaftsteile enthält es nur ganz geringfügige Beträge oder Besprechungen.

Die Agrarpolitik des Kabinetts Müller hatte ein einheitliches Ziel: die Stabilisierung der Preise und die Verhinderung von Preissteigerungen, ebenso wie von allzu scharfen Preisstürzen.

Die Regierung Brüning hat den Einfluß des Reichstags auf die Gestaltung der Getreidezölle ausgeschaltet. Willkürzölle, Ausfuhrprämien für landwirtschaftliche Produkte. **Zölle auf Milch und Unterbindung der Gefrierfleischeinfuhr;** in diesem Zeichen stand die Schiele-Brüningsche Zollpolitik.

Panzerkreuzer und Kinderspeisung

Der Reichskanzler Brüning hat den Wahlkampf mit einer Rede eingeleitet, in der er gesagt hat:

„Das Kabinett Müller hat den Panzerkreuzer gebaut und für die Kinderspeisung nichts in den Etat eingesetzt." Das Gegenteil ist richtig. Den Panzerkreuzer hat das Kabinett Müller als Erbschaft vom Bürgerblock übernommen. Kanzler des Bürgerblocks war der Zentrumsmann Marx. Die Sozialdemokratie hat stets im Reichstag gegen den Bau des Panzerkreuzers gestimmt.

Die Hergabe von Reichsmitteln für die **Kinderspeisung ist nicht von der Sozialdemokratie verhindert** worden, sondern bereits im Jahre 1927 durch den Bürgerblock, dessen Zentrumsfinanzminister Köhler erklärt hat, die Kinderspeisung sei keine Reichsaufgabe, sondern Sache der Länder und Gemeinden.

Wenn es 1927 trotzdem gelungen ist, nochmals 4 Millionen Mark für Zwecke der Kinderspeisung in den Etat einzusetzen, so ist das nur der Sozialdemokratie zu verdanken. Auf Wunsch der bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, wurde im Reichshaushalt aber ausdrücklich gesagt, daß dies der letzte Beitrag des Reiches für die Kinderspeisung sei!

Am 2. März 1928 wurde ein Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten, für die Kinderspeisung 5 Millionen Mark zu bewilligen, abgelehnt. Auch das Zentrum hat gegen die Einsetzung von Ausgaben für die Kinderspeisung in den Reichshaushalt gestimmt.

Erst auf Antrag der Sozialdemokratie hat trotz der großen finanziellen Not im Jahre 1929 das Kabinett Hermann Müller aus dem Etat des Reichsarbeitsministeriums 4 Millionen Mark für Kinderspeisungen verteilt. Dabei hat es bestimmt, daß die Reichsmittel nicht mehr als ein Drittel der für Kinderspeisung überhaupt aufgewendeten Mittel ausmachen dürften. **Durch diese Bestimmung der Regierung Müller sind im Jahre 1929 mindestens 12 Millionen Mark für Zwecke der Kinderspeisung in Deutschland aufgewendet worden.**

Die Regierung Brüning hat dagegen im Jahre 1930 in der größten Finanznot den Bau des Panzerkreuzers beginnen wollen. Zur Beruhigung des schlechten Gewissens ist gleichzeitig mit dem Panzerkreuzer B eine einmalige Ausgabe von 1 Million Mark für Zwecke der Kinderspeisung in den Reichshaushalt eingesetzt worden. **Durch die Aufnahme dieses Titels wurde nach dem Haushaltsrecht die Verausgabung von anderen Reichsmitteln für Zwecke der Kinderspeisung unmöglich gemacht.**

An Stelle der bisher vom Kabinett Müller gezahlten 4 Millionen Mark zahlt also die Regierung Brüning für die Kinderspeisung nur 1 Million.

Die Sozialdemokraten haben den Panzerkreuzer abgelehnt, aber für ausreichende Kinderspeisung gesorgt. Die Regierung Brüning wollte im größten Finanzelend einen neuen Panzerkreuzer bauen, dagegen hat sie die Ausgabe des Reiches für Kinderspeisung auf den vierten Teil dessen herabgedrückt, was die Regierung Müller hierfür aufgewendet hat.

Mit dieser Aufzählung von Taten der Regierung Müller auf innerpolitischem Gebiet sind die Behauptungen des Zentrumsblattes ad absurdum geführt. Die Sozialdemokratie kann wahrlich nicht dafür, wenn das arbeitende Volk über die Taten der Regierung Brüning empört ist, und diese berechtigte Empörung ihren Niederschlag in der sozialdemokratischen Presse findet!

Kriegsbeschädigte und Brüning-Regierung

Zu der Notverordnung der „reaktionären Regierung seit der Revolution" betreffs Sperrung weiterer Versorgungsansträge von Kriegsbeschädigten sind vom Reichsarbeitsminister die Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Diese Bestimmungen sind derartig gehalten, daß praktisch kein Antrag mehr Aussicht auf Versorgungsanspruch hat. So hat man zum Beispiel die Erwerbsverminderung, die mindestens vorliegen muß, von bisher 25 Prozent auf 50 Prozent erhöht. Außerdem sind eine ganze Reihe Verschlechterungen in der Notverordnung enthalten.

Kriegsbeschädigte! Auch an euch liegt es jetzt, am 14. September den Parteien, die euch diesen Schlag ins Gesicht versetzt haben, die richtige Antwort zu geben. Den Reaktionären vom Zentrum bis zu den Nazis darf kein Kriegsbeschädigter oder -Hinterbliebener seine Stimme geben. Diese Parteien wollen die Finanznot des Reiches damit beheben, daß sie den Kriegsopfern die karge Rente noch mehr schmälern. Wer von euch will, daß eure Rechte voll und ganz wahrgenommen werden, der sorge dafür, daß am Wahltag die Partei siegt, die für euch eintritt, nämlich die **Sozialdemokratische Partei, Liste 1!**

Hitlerkurs auf die Monarchie

Die Hoffnung aller Monarchisten.

Die Nationalsozialisten erklären in ihren Versammlungen, daß sie keinesfalls die Monarchie wieder errichten wollten. Diese Behauptung ist Schwindel, man will die republikanischen Kreise irreführen. Es steht gerichtlich fest, daß sich beim Hitler-Putsch im November 1923 im Bürgerbräukeller in München folgendes zutrug:

„Erstens: Im Beisein Hitlers darf Kahr, der bekannte und berüchtigte Generalstaatskommissar Bayerns, nachdem die „nationale Revolution" ausgebrochen war, folgende öffentliche Erklärung abgeben: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie — derselben Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schmählich zerschlagen wurde. Ich tue das schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres lieben, teuren deutschen Vaterlandes." (Wortlaut der Korrespondenz Hoffmann.) Und der amtliche Bericht fährt fort: „Neuer, unendlicher Jubel brauste durch den Saal, als nach diesen Worten Hitler Herrn v. Kahr die Hand schüttelte."

Zweitens: Ueber die Verhandlungen zwischen Hitler und Kahr im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers in der Nacht des 8. November 1923 gab Herr Hitler durch seinen Rechtsanwalt, Dr. Roder, folgende Erklärung an die Staatsanwaltschaft ab.

Es hat folgende protokollierte Unterredung stattgefunden: Kahr: „Nun gut, ich bin bereit, aber nur unter einer Bedingung. Wir stehen doch alle hier als Monarchisten. Ich werde das Amt eines Landesverwesers nur übernehmen als Statthalter Seiner Majestät des Königs."

Hitler: „Exzellenz, ich habe vor fünf Jahren den Entschluß gefaßt, den Kampf gegen die Zerstörer und Verbrecher unseres deutschen Vaterlandes aufzunehmen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis sie zu Boden geworfen sind. Für mich ist der heutige Tag der Beginn einer Abrechnung, die wieder gutmachen soll, was vor fünf Jahren verbrochen wurde. Ich will vor allem wieder gutmachen das Unrecht, das von fünf Jahren eine Horde gemeiner Verbrecher am hochseligen Vater Seiner Majestät verübt hat."

Kahr gab hierauf Hitler die Hand minutenlang zur Besiegelung des Entschlusses zur gemeinsamen Arbeit für ein gemeinsames Ziel in sichtlich ehrlicher, freier Ueberzeugung. Hitler versicherte den Herren Kahr, Lossow und Seißer, daß er in rückhaltloser Treue hinter ihnen stehen würde."

Bedarf es noch eines Beweises für die Verlogenheit dieser Bewegung! Die Hitler-Bewegung ist die Hoffnung aller Monarchisten. Ihre republikanischen Tiraden sind nichts als Kö[illegible]mau wie ihr Parteiname.

Hitler in Köln

Die dümmste Rede, die je in Köln gehört wurde.

Adolf Hitler, der „Trommler" der nationalen Revolution, ist am Montag in Köln gewesen. Für fünfviertel Stunden elender und stümperischer Seichpolderei und für eine Suppenterrine voll völlig ungesalzenen Redebreis ist eine Stadt mit rund 700 000 Einwohnern, sozusagen eine Weltstadt, einen Abend lang in Aufregung versetzt worden. Mut in Deutschland, unter unpolitischstem Volk, das es je gegeben hat und je geben wird, ist so etwas menschenmöglich. Es war, wie wenn die Rheinlandhalle, in der sonst die Leberhaken und die „rechten Schwinger" immer auf ein sachverständiges und beifallsfreudiges Publikum rechnen darf, zum Vorkampf irgendwelcher „Kanonen" eingeladen hätte. Es war auch genau dasselbe Publikum! In der Elektrischen, die überfüllt waren, auf Lastautos, die heranrollten, auf den Trottoirs, auf dem Pflaster — Tausende, die zwar genau wissen, ob Benaglia größer ist oder Hein Müller, und wieviel Umfang der Oberarm Schmelings hat, die man aber totschlagen könnte, sollten sie einem halbwegs klarmachen, was sie etwa unter Parlament oder Reichspräsident oder Notverordnung verstehen. Die Halbwüchsigen beherrschten diese Kirmes.

Es war ein interessantes Phänomen, ohne Zweifel. Es zeigte an, wie dynamisch Massen- und Straßenpsychose sein kann. Nur — mit Politik hatte dieses Phänomen auch nicht das geringste zu tun!

*

Ein Versammlungsteilnehmer berichtet der „Rheinischen Zeitung":

Der beste Teil der Rede Hitlers ist zweifellos seine Stimme, die ihm von der Natur gegeben ist. Er kann eine Stunde oder noch mehr schreien. Und wie ein altes Sprichwort sagt, viel Geschrei und wenig Wolle. Wir haben uns vergeblich bemüht, aus Hitlers Rede irgendwelche Gedanken herauszulesen. Daß am 14. September gewählt wird, haben wir ohnehin gewußt. Daß Hitler uns ins „dritte Reich" führen will, war uns auch nicht unbekannt. Vergeblich aber haben wir gewartet auf das „Wie". Wie er sich die politische Entwicklung denkt, hat uns Herr Hitler auch nicht gesagt, was er und seine Partei zu tun gedenkt, hat er ebenso konstant verschwiegen. Und daß es unter der nationalsozialistischen Herrschaft besser wird, hat der Hakenkreuz-General ausdrücklich verneint. Er kann nichts versprechen und will nichts versprechen. Er will allerdings das deutsche Volk „einigen". Das hört sich sehr schön an von einem Manne, dessen Anhänger in der Praxis genau das Gegenteil tun. Aber so ein Mahnruf zur Einigkeit klingt sehr schön. Dazu brauchen wir aber keinen Hitler, das kann auch Hugenberg, Thälmann, Brüning und Mahraun. Sie alle wollen auch — und wissen nicht was. Wir wollen etwas anderes und etwas Neues. So sagte ungefähr Hitler. Fast genau dasselbe haben wir vor zwei Wochen in Köln aus dem Munde des Staatsparteilers Winschuh gehört. Es sind politische Dilettanten, einer wie der andere. Was nutzt der Arzt, der die Diagnose stellt, aber kein Heilmittel zur Hand hat? Ihm gleicht Hitler. Aber wer von den tausenden Menschen, die in der Rheinlandhalle waren, hat auch kaum einer ein politisches Rezept erwartet? Es war ein Schauspiel, ach, ein Schauspiel nur. (Fin-

Der nationalistische Mohr

Wenn er seine Schuldigkeit getan hat, Kann er gehen / Wie man in Rom über die deutschen Faschisten denkt

Die Hitlerianer lieben es, sich als Jünger Mussolinis zu gebärden. Sie haben den faschistischen Gruß und das faschistische Hemd übernommen und glauben damit das Originalrezept für den Enderfolg zu besitzen. In Rom selbst urteilt man ganz anders. Dort spricht man, wie der römische Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" mit Recht hervorhebt, von einer gedanken- und würdelosen Nachäfferei. Besonders bemerkenswert sind die außenpolitischen Schlußfolgerungen des Berichts. Es heißt da:

„Trotz aller Gleichgültigkeit und Kühle, trotz aller absprechenden Urteile, mit denen die faschistische Presse Italiens das Hitlertum behandelt, wird es andererseits als eine für die Interessen Italiens günstige Erscheinung betrachtet.

Die Hitlerianer bilden die einzige deutsche Partei, die auf die Erhaltung des Südtiroler Deutschtums verzichtet hat.

Die Bewunderung, die sie für den Faschismus haben, trägt dazu bei, sein Prestige zu erhöhen. Was sie dem allein auf das nationale Interesse Italiens bedachten Faschismus besonders wertvoll macht, ist ihre absolute Franzosenfeindschaft. **Die Hitlerianer wissen bei ihrer Unkenntnis der internationalen Lage nicht, daß Frankreich, auch wenn der Vertrag von Locarno nicht bestünde, die Hilfe Englands und seiner übermächtigen Flotte zur Verfügung hätte, da dieses ein Fünftel der deutschen Tributzahlungen bezieht und vor allem aus Gründen des europäischen Gleichgewichts an Frankreich gebunden ist. Sie übersehen vollkommen, daß Italien, zumal da England das Mittelmeer beherrscht, einen Krieg gegen die Franzosen und ihre südslawischen Verbündeten nicht wagen kann, und daß es sich deshalb darauf beschränken muß, Frankreich seinen Forderungen durch eine Pressionspolitik auf allen Gebieten gefügig zu machen. Mussolini ist im Grunde seines Wesens ein lateinischer Geist. Seine Politik läuft im letzten darauf hinaus, Frankreich durch seine Pressionstaktik in die Arme Italiens zu treiben, damit bei einem von ihm angestrebten italienisch-französischen Einvernehmen Italien den stärkeren Partner bilde. Der deutsche Nationalsozialismus mit seiner durch reinen Parteigeist verursachten außenpolitischen Blindheit erscheint ihm als das erwünschte Schreckgespenst, um die an sich schon, wie ihre hysterische Presse zeigt, vor Deutschland verängstigten Franzosen in das faschistische Mauseloch zu jagen.** Frankreich würde in einem durch schwere Zugeständnisse erkauften Bündnis mit dem lateinischen Italien seine heißersehnte „Sicherheit" gegen die „Revanche des pangermanistischen Deutschlands" erlangen. Der nationalsozialistische Mohr hätte dann für die nationalen Ziele und Interessen des faschistischen Italiens seine Schuldigkeit zur Genüge getan; das deutsche Volk würde die Kosten dieser außenpolitischen Demagogie zu tragen haben, und seine Lage wäre nicht leichter, sondern weit schwieriger geworden, als sie es ohnehin schon ist."

Die deutschen Faschisten, die Nationalsozialisten, werden von ihren gerisseneren italienischen Brüdern durchaus richtig eingeschätzt. Die deutschen Unternehmer, die den Nationalsozialisten Geld geben, denken über sie auch nicht anders. Sie meinen insgeheim ebenfalls: Wenn der nationalsozialistische Mohr seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen. Weigert er sich, so kann ja für Geld eine neue Prätorianergarde des Unternehmertums geschaffen werden, und die heutigen Nazis würden

Kriegsopfertag

Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebener, Landesverband Westfalen, Gauleitung Ruhr, veranstaltet am Sonntag, dem 31. August und 1. und 2. September 1930, in einem dazu errichteten größeren Zelte am Bismarckdenkmal in Wanne-Eickel, Kriegsopfertage, die mit einer machtvollen Kundgebung des Ruhr-Gaues beginnen.

An dieser Kundgebung werden außer sämtlichen Ortsgruppen des Ruhr-Gaues auch noch Abordnungen des gesamten Landesverbandes Westfalen (28 000 Mitglieder) teilnehmen, so daß man mit einer Besucherzahl von 4000 bis 5000 Personen rechnet. Die Kundgebung ist gedacht als Protest gegen jegliche Verschlechterungen in der Kriegsopferversorgung, für Aufhebung der Notverordnung und für Schaffung der Einheitsrente.

Als Hauptreferent erscheint der Verbandsschriftleiter Paul Niemer (Berlin). Außerdem spricht für die Hinterbliebenen eine Hinterbliebene aus dem Vorstand des Landesverbandes Bayern.

Die Kriegsopfer wollen bei dieser Tagung den einzelnen Parteien die Frage vorlegen, wie sie sich zur Aufhebung der Notverordnung und gegenüber den berechtigten Forderungen der Deutschen Kriegsopfer stellen. Zu diesem Zweck wird den Vertretern der einzelnen Parteien Gelegenheit gegeben, nach dem Referat die Stellungnahme ihrer Partei bekannt zu geben. Ebenfalls ist die Pressevertretung des gesamten Ruhrgebietes zu dieser Kundgebung geladen. Weitere Einzelheiten sind zu erfahren in den Ortsgruppengeschäftsstellen, sowie bei der Gaugeschäftsstelle Wanne-Eickel, Zur-Rieden-Straße 14.

Eine Vorkämpferin der Hausangestellten

In London starb kürzlich hochbetagt Catherine Scott, eine Vorkämpferin auf dem Gebiet sozialer Arbeit, die vor allem mehr als 50 Jahre hindurch für die Hausangestellten tätig gewesen ist. Sie hat nicht weniger als 21 Unterkunfts- und Lehrheime für diese jungen Mädchen geschaffen, die sich oft in elendester Lage befanden. Es handelte sich da vor allem um schwer Erziehbare, die aus Anstalten zur Entlassung kamen und dann hilflos dem Leben gegenüberstanden. Eine große Ausbildungsschule für solche Mädchen heißt nach ihr „Scott House".

Früh übt sich . . .

Der bedeutende italienische Dichter Alessandro Manzoni, Begründer der romantischen Schule Italiens, wurde im damaligen Sinne „fortgeschritten" erzogen und zeichnete sich in seiner Jugend nicht so sehr durch seine Fähigkeiten als vielmehr durch grenzenlose Frechheit gegenüber seinem Lehrer aus. Als er einmal, dreizehnjährig, befragt wurde, welcher Art der Satz „Die Schüler lieben ihren Lehrer", sei, antwortete der spätere Verfasser der von Goethe ins Deutsche übersetzten Meisterode auf Napoleons Tod schlagfertig: „Ironischer Art!"

Ein großer Bücherfreund

„Die Bücher sind meine besten Freunde", erklärt der neugebackene Villenbesitzer, als er seinem Gast seine Bibliothek zeigt.

„Glaub' ich gern", meint der Besucher. „Man sieht es ihnen ja an, daß Sie ihnen nicht weh tun können."

„Wie meinen Sie das?"

„Nicht einmal aufzuschneiden wagen Sie Ihre besten Freunde . . ."

Die Gemeindewirtschaft in Italien

Ein Spiegelbild der faschistischen Diktatur

Im vergangenen Frühjahr hatte das Kommunalwissenschaftliche Institut in Berlin den Professor Griziotti von der Universität Pavia zu einem Vortrage über die lokalen Finanzen in Italien eingeladen. Dieser Einladung ist G. nachgekommen und hat den Vortrag gehalten.

Das, was der Professor berichtete, ist so lehrreich, daß wir es für angezeigt halten, unsere Leser damit bekannt zu machen. Sie können daraufhin ein Bild von den kommunalen Zuständen in Italien und recht nette Vergleiche zwischen diesen und den deutschen Verhältnissen anstellen.

Unsere kommunalpolitische Zeitschrift „Die Gemeinde" hat damals folgendes darüber geschrieben:

„Man konnte sich nach den interessanten Ausführungen des Gelehrten durchaus ein Bild von den italienischen Zuständen machen: Ueberall wird fleißig Zoll erhoben, die direkten Steuern sind drückend, die Mieten sind infolge Besteuerung hoch, die Tarife ebenfalls, und trotzdem haben die meisten Gemeinden enorme Defizite. Außerdem scheint ein großer Steuer-Wirrwarr zu bestehen. Jede Gemeinde erhebt andere Steuern, je nach der Größe und der wirtschaftlichen Struktur des Ortes.

Nach der Statistik fließen nur 8 Prozent der Einnahmen der italienischen Gemeinden aus eigenem Vermögen, 10 Prozent werden aus den städtischen Werken herausgezogen oder stellen Staatszuschüsse dar, etwa 80 Prozent der Einnahmen sind Steuern, die in drei Gruppen zerfallen: 1. Verbrauchssteuern, 2. Zuschlagssteuern, 3. Autonome Steuern und Gebühren. Interessant ist der Katalog der Verbrauchssteuern. Es werden besteuert: 1. Getränke, 2. Eßwaren mit Ausnahme von Brot und Nudeln, 3. Fette und Oele, Seifen und Parfümerien, 4. Futtermittel, 5. Brennmaterial, 6. Möbel, 7. — Verschiedenes. (!) Kurz gesagt: alles, was der Mensch braucht, wird besteuert. Zu den Getränken, die versteuert werden, rechnet in erster Linie der Wein. Zu der Weinsteuer kommt noch ein besonderer Staatszuschlag. Wenn man bedenkt, daß dem Italiener der Wein ungefähr dasselbe bedeutet, wie dem Bayer das Bier, dann kann man hieran allerlei Betrachtungen knüpfen. Den faschistischen Bayern wären bestimmt die Augen aufgegangen, wenn sie ihr politisches Ziel erreicht hätten.

Sieht man nun die italienischen Verhältnisse im großen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Effektive Einnahmen der Gemeinden im Jahre 1925,

	In Millionen Lire		‰	
1. Einnahmen aus dem Vermögen		328		80
2. Betriebsüberschüsse und Staatszuschüsse		433		105
3. Abgaben				
Verschiedene autonome Steuern	1335		325	
Verbrauchssteuern (Zoll)	716		174	
Zuschlag auf staatliche Grundboden- und Gebäudesteuern	889	3088	216	751
Beteiligung an staatlichen Gebühren	31		8	
Gemeindegebühren	117		28	
4. Verschiedene u. außerordentliche Einnahmen		260		64
Effektive Einnahmen zusammen		4109		1000

Hinsichtlich der Defizite ergibt sich aus der Statistik des Jahres 1925 folgendes:

3222 Gemeinden waren im Gleichgewicht,
1172 Gemeinden hatten ein Defizit von 5 Prozent der Gesamtabgaben,
1013 Gemeinden hatetn ein Defizit von 10 Prozent der Gesamtabgaben,
1145 Gemeinden hatten ein Defizit zwischen 10 und 20 Prozent,
2285 Gemeinden hatten ein Defizit von über 20 Prozent der Gesamtausgaben.

Von 17 großen italienischen Gemeinden hatten im Jahre 1925 fünf einen Ueberschuß, zwölf ein Defizit. Im Jahre 1925 war es noch arger.

Die Grundlage des politischen Lebens bildet in Italien die korporative Verfassung, nach der die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft unmittelbaren Anteil an der Ausübung der Staatsgewalt haben. Die Gemeinden sind nur Objekte der Hoheitsgewalt des Staates. Der Gemeindevorsteher wird von der Staatsregierung ernannt; sogar der Gemeindesekretär ist Staatsbeamter. Die von der Bevölkerung gewählten Gemeindeberater haben nur geringe Rechte. Sie können zudem — ebenso wie der Gemeindevorstand — jederzeit von der Regierung abgesetzt werden.

Diese Organisation und der Umstand, daß das Unternehmertum einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge hat, dürfte manches erklären, vielleicht auch diese Statistik:

In 197 Gemeinden mit 10,7 Millionen Einwohnern wurden die Verbrauchssteuern mit Hilfe des Zollkartells erhoben. Der Ertrag belief sich auf 1236,6 Millionen Lire.

In 8813 Gemeinden mit zusammen 30,4 Millionen Einwohnern vereinbarten die Gemeinden mit den Unternehmern Steuerpauschalen.

Der Ertrag belief sich für denselben Zeitraum auf 404,31 Millionen Lire.

Die Reform der lokalen Steuern in Italien ist ein altes Problem, das bisher nicht gelöst wurde, wenn auch die faschistische Regierung allerlei Versuche angestellt hat, zweckmäßige Reformen durchzuführen.

Griziotti stellt für die Steuerreform drei Forderungen auf:

Keine neuen Steuern,
Organisation der Steuern,
Abschaffung derjenigen Steuern, die nicht rentabel sind, insbesondere möglichste Beseitigung der vom Volke gefaßten Zollhürden."

Soweit das Expose „Der Gemeinde". Unsere Leser werden sich sagen, daß es keinem Proleten nach dem faschistischen Regiment gelüsten dürfte. Und dieses möchten unsere Nazis dem Volke bescheren. **Daß es dazu nicht kommt, dafür möge jeder am 14. September sorgen.**

In Sachen des Syndikus Ostwald in Bochum

Wir haben von Zeit zu Zeit über die „Verfehlungen" berichtet, die der Syndikus der Bochumer Innungen, Ostwald, nach den Behauptungen der Bochumer Verlautbarungen begangen haben soll. Auf Grund der Angriffe gegen Ostwald hatte der Staatsanwalt ein Offizialverfahren wegen Betruges und Unterschlagung eingeleitet. Dieses Verfahren ist wieder eingestellt worden, weil Verjährung vorliegt. Die eventuellen Vergehen liegen mehr als fünf Jahre zurück.

ARBEITER-SPORT

13. Fußballbezirk

Tabelle der 1. Klasse.

Stand am 19. August 1930.

Gruppe 1.

Vereine	Spiele	gew.	unentschieden	verlor.	Torzahl	Punkte
Zweckel	7	6	1	—	24 : 6	13
Halsterhausen	7	5	—	2	12 : 7	10
Hassel	7	3	1	3	14 : 12	7
Bottrop	7	3	—	4	16 : 14	6
Rasensp. Dorsten	6	3	—	3	17 : 17	6
Rentfort	8	3	—	5	16 : 17	6
Herwest-Dorsten	8	1	—	7	11 : 29	2

Gruppe 2.

Datteln	8	5	2	1	25 : 15	12
Rapen	7	5	1	1	19 : 7	11
Marl	8	3	2	3	14 : 18	8
Essel	7	4	1	2	24 : 16	9
Hillerheide	7	3	—	4	15 : 12	6
Suderwich	8	2	—	6	5 : 15	4
Haltern 26	7	1	—	6	7 : 27	2

Gruppe 3.

F. T. Sp. Wanne	7	5	—	2	21 : 9	10
Röhlinghausen	6	5	—	1	17 : 6	10
F. T. Eickel	7	3	2	2	19 : 11	8
Wanne West	7	1	3	3	14 : 13	5
Herten	7	2	1	4	10 : 15	5
Grün-Weiß Eickel	6	—	2	4	9 : 16	2

Gruppe 4.

F. Sp. Heßler	7	6	—	1	32 : 12	12
Buer-Resse	7	6	—	1	31 : 11	12
Rasensp. Wattenscheid	7	4	—	3	20 : 31	8
Vorwärts Gelsenkirchen	7	3	—	4	17 : 16	6
Freiheit Gelsenkirchen	7	1	—	6	13 : 25	2
Buer-Scholven	7	1	—	6	6 : 27	2

Gruppe 5.

Bertlich	2	2	—	—	8 : 3	4
Horst-Emscher	2	2	—	—	7 : 4	4
Recklinghausen	2	—	—	2	5 : 8	0
Heßler/R.	2	—	—	2	2 : 7	0

Das Spiel Bottrop — R. Dorsten ist, weil keine Meldung erfolgte, nicht gewertet. Ebenso das Spiel Röhlinghausen — Eickel, weil nicht bis zum Schluß durchgeführt.

Bauschner, Bezirksfußball-Techniker.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Flick, Flock, Flaum, ihr Leben
hätten sie gegeben
für 'ne Straßenbahnfahrt fein,
und sie stiegen freudig ein.**



**Hörten mit Behagen
dann den Schaffner sagen
zu 'ner Frau, für Kleine sei
solche Fahrt vollständig frei.**



**Kleiner noch zu scheinen,
ging's nun mit den Beinen,
wie der Junge, auf den Sitz,
doch der Mann sprach grob u. spitz:**



**„Hier gibt's freies Fahren
nur bis zu sechs Jahren.
Also zahlen, oder 'raus!"
Schnell stieg da der Dreibund aus.**

Wirtschaft und Gewerkschaft

Deutsche Bergarbeiter in Rußland

Wie geht es ihnen? Was erzählen sie?

Von den deutschen Bergleuten, die auf Grund großer Versprechungen sich zur Arbeit im Donezbecken anwerben ließen, sind vor einigen Tagen zwei — Bruno Wrobel und Gustav Rokitter (dieser mit seiner Frau) — wieder zurückgekehrt. Ueber ihre Erlebnisse berichten sie dem „Vorwärts" u. a.:

„Am 16. Juli ds. Js. wurden wir im Ruhrgebiet von der russischen Organisation Sujusugol als Bergarbeiter für das Bergwerk in Rutschenkowo (Donezgebiet), Schacht Lidewka 2, angeworben. Es wurde eine Entlohnung von 160 Rubel monatlich bei sechsstündiger Arbeitszeit und vollständiger Arbeitsruhe an jedem 5. Tage zugesichert. Die Verheirateten sollten eine Wohnung von 3 Zimmern erhalten, die Küche von 2 Familien gemeinsam benutzt werden. Ein gutes Mittagessen sollte nicht mehr als 35 Kopeken, 1 Pfund (400 Gramm) Fleisch nur 15 Kopeken, 400 Gramm Butter 75 Kopeken kosten.

Nach unserer Ankunft — am 21. Juli passierten wir die Grenze — mußten wir

in verwanzten, verlausten, schmutzigen Räumen hausen, die von Tausenden von Fliegen übersät waren und in denen eine Temperatur von 30 bis 40 Grad Celsius herrschte. Waschgelegenheit war nicht vorhanden, das Wasser zum Trinken nicht genießbar, das Essen ebenso.

Schon nach drei Tagen erhielten wir dieselbe schlechte Kost, wie der russische Arbeiter. Pro Tag und Mann gab es 500 Gramm Brot, für die Frau 300 Gramm Brot. Rohe Gurken mit der Schale und Salz, Tomaten, Weißkohl, Heringe, Zwiebeln, Sonnenblumenkernöl bildeten die übrige Nahrung. Es herrschte große Unzufriedenheit unter den enttäuschten, aus Deutschland eingewanderten Arbeitern, die wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten. Der vom Wirtschaftsministerium ins Lager entsandte Beamte Schneider (ein Deutscher) machte uns beruhigende Versprechungen, wir sollten ein Klubhaus, ein Kinderheim usw. erhalten. Aber statt in den versprochenen Wohnungen mußten wir weiter in dem dreckigen Lager hausen. Der Verdienst betrug für einen ungelernten Arbeiter 60 Rubel monatlich, für einen geschickteren Arbeiter 80 Rubel, für einen der Kommunistischen Partei angehörenden Arbeiter, der sich eifrig am „Aufbau" betätigt, 100 Rubel. Arbeitende Frauen erhalten in den Zechen und Bergwerken 30 Rubel monatlich.

Wir wollten uns diese Zustände, diese Lebensweise nicht gefallen lassen und nahmen uns Fahrkarten und erreichten beim deutschen Konsul in Charkow, daß wir Fahrkarten für die Rückreise erhielten. In Charkow hielten wir uns acht Tage auf. Hier mußten wir im Wartesaal des Bahnhofs schlafen, wurden um 1 Uhr nachts nebst allen Insassen desselben hinausbefördert und schliefen dann auf der Straße. In den Straßen in der Nähe des Bahnhofs liegen 200 bis 300 Personen herum, sofern sie nicht im Wartesaal schlafen. Elternlose Kinder, nur mit Badehosen bekleidet, betteln um Brot, Frauen in zerrissener Kleidung, ohne Wäsche, ohne Strümpfe und Schuhe, irren in den Straßen umher. Die Stadt ist schmutzig, die drei in die Luft gesprengten Kirchen sind ausgeplündert. Hunderte von bettelnden Invaliden trifft man in den Straßen. Es gibt Lebensmittelkarten, aber kaum Lebensmittel dafür. Nach stundenlangem Anstehen gibt es allerdings für eine Person im Monat 1 Pfund (400 Gramm) Zucker, 1 Päckchen Tee, ¼ Liter Sonnenblumenkernöl.

Am Abend beginnt man schon mit dem Warten auf die Ausgabe der Lebensmittel und schläft dabei gleich draußen.

Auf dem Markt erhält man ohne Lebensmittelkarte für 4,50 Rubel 400 Gramm Fleisch, für 5 bis 6 Rubel 400 Gramm übelriechenden, in unglaublich verschmutzten Lappen gewickelten Speck, den in Deutschland kein Mensch anrühren würde. Für 7 bis 8 Rubel gibt es 400 Gramm Butter, für 1,40 Rubel 1 Liter Milch, für 1,50 Rubel 1200 Gramm Brot. Ein Salzhering kostet 80 Kopeken, 1 Ein 25 Kopeken. Kleiderstoffe sind nicht aufzutreiben. Der russische Arbeiter erhält halbjährlich für zwei Personen 1 Paar Gummischuhe auf Karten zugeteilt. Im freien Handel gibt es ferner baumwollene Damenstrümpfe für 5 Rubel (Wert 50 Pfg.), Seidenflorstrümpfe für 20 Rubel, Damenschuhe für 140 Rubel, Herrenschuhe für 200 Rubel zu kaufen. Der russische Arbeiter erhält für die ganze Familie pro Monat 400 Gramm Kernseife."

*

Eine weitere Feststellung sei der Schilderung, die auch unerhörte Mißstände im Krankenhaus (die Frau R. mußte wegen Ruhr-Erkrankung ein solches aufsuchen) erwähnt, entnommen:

Auf der Rückreise trafen sie einen von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett begleiteten Arbeitertransport. Auf ihre Fragen, was der Transport zu bedeuten habe, wurde die Auskunft gegeben, es handle sich um „Nichtarbeitswillige", die nach Sibirien verschickt werden.

Zum Schluß noch die Feststellung: Wrobel und Rokitter waren begeisterte Kommunisten. Deshalb ihr Entschluß, nach dem Donezbecken auszuwandern.

*

Die kommunistische Presse beantwortet diese Feststellungen mit einem Wutgeheul und -Geschimpfe auf die beiden Bergleute. Zur Entkräftigung ihrer Feststellungen beruft sie sich auch auf einen angeblichen Brief eines Bergmanns Wasel aus Hamborn. Dieser Brief ist trotz aller Schönfärberei so lehrreich, daß wir seinen Inhalt wenigstens auszugsweise zur Kenntnis geben wollen. In dem Brief heißt es nämlich u. a.:

„Gegenüber den Verhältnissen in den Ruhrzechen sind die Arbeits- und Abbaumethoden hier noch unmodern. Wir werden aber alles tun, um das so schnell wie möglich umzustellen und zu verbessern.

Wir essen gemeinschaftlich im Kasino und das Mittagessen kostet 30 Kopeken. Noch ist alles nicht so, wie es sein soll, aber wir haben die Gewißheit, daß es besser wird, sobald die deutsche Küche fertiggestellt ist.

Für uns und unsere Familien sind Neubauten in Arbeit, die Mitte Oktober fertiggestellt sein sollen, wir bekommen dann Bettstellen, Schränke usw. geliefert, deren Kosten uns bis zu einer Frist von 5 Jahren abgehalten werden sollen."

Alles Zukunftsmusik! Alles soll werden, aber nichts ist da! Jeder denkende Leser wird sich fragen: wie leben denn die Arbeiter, die erst im Spätherbst Wohnungen und Betten bekommen sollen, in der Zwischenzeit? Wie kampieren sie in der ersten Oktoberhälfte, die in Rußland schon Frost zu bringen pflegt, falls wirklich die verheißenen Wohnungen bis Mitte Oktober fertig sind? Wie kampieren und leben die einheimischen russischen Arbeiter, die zu niedrigeren Löhnen, als die den deutschen Bergarbeitern versprochen werden, arbeiten müssen und denen gegenüber auch das Versprechen auf eine 3-Zimmer-Wohnung nicht besteht?

Die kommunistische Presse bemerkt selbst gegenüber dem Bericht von W. und R., „daß die Arbeiterschaft in der Sowjetunion unter heldenmütigen Opfern und größter Kraftanstrengung" arbeiten muß. Sie verhöhnt die beiden, weil sie „erwarten, daß ihnen die gebratenen Tauben ins Mäulchen fliegen würden."

Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser kommunistischen Feststellung, die wesentlich anders klingt als die sonstige Lobhudelei über das Sowjetparadies.

Spekulationshalden an der Ruhr

Von Dr. Berger, Bochum

Die gegenwärtigen Haldenbestände im Ruhrbergbau, über die von der Unternehmerpresse oft übertriebene und daher irreführende Mitteilungen verbreitet werden, stellen keinesfalls ein zuverlässiges Konjunkturbarometer dar. Insbesondere geben sie kein zutreffendes Bild von der Geschäftspolitik der Unternehmungen und der ihr zugrunde liegenden Erwägungen. Vollends abwegig aber ist die Behauptung, daß in den Haldenbeständen das soziale Verantwortungsgefühl der Unternehmer sich ausdrücke, die mit der Vorratsproduktion den Bergarbeitern Brot und Arbeit erhalten möchten. Die große Zahl der Feierschichten und Entlassungen und namentlich die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer damit den Krisendruck auf die Bergarbeiter abwälzen, lassen die Fadenscheinigkeit einer solchen Begründung ohne weiteres erkennen.

In Wirklichkeit ist die Vermehrung der Haldenbestände spekulativen Ursprungs. Immer wenn eine Syndikatserneuerung vor der Tür steht, hat man beobachten können, daß im Hinblick auf die Neufestsetzung der Syndikatsquoten die Förderung ohne Rücksicht auf die vorhandenen Absatzmöglichkeiten hinaus gesteigert und auf Halde gelegt wurde. So war es bei der Syndikatsneubildung 1925, und das gleiche ist bei der Erneuerung in diesem Jahre zu verzeichnen. Damals stiegen die Haldenbestände auf 9 Millionen Tonnen an, eine Zahl, die auch jetzt wieder genannt wird. Die unsinnige Quotenjagd, die ohnehin schon zu allerhand wirtschaftswidrigen Neu- und Zusatzbauten geführt hat — die übersteigerten Kokereianlagen geben nur ein Beispiel davon — ist auch der tiefere Anlaß zur Häufung der Haldenbestände gewesen.

So ist es gekommen, daß man schon mit etwa 3 Millionen auf Kohle umgerechneten Beständen in das neue Jahr hineingegangen ist, wozu dann in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 4,57 Millionen Tonnen hinzugekommen sind, der größere Teil davon im ersten Vierteljahr, wo die Syndikatsverhandlungen noch im vollen Gange waren. Den Rekordzugang hat der März, der letzte Monat des alten Syndikats, mit 978 000 Tonnen zu verzeichnen. Diese Zahl ist dann im Juni 1930 auf 316 000 Tonnen zurückgegangen. Diese Entwicklung läßt ganz klar erkennen, welchen unheilvollen Einfluß der Quotenhunger der Großkonzerne ausgeübt hat.

Wenn heute diese bei größerer Planmäßigkeit der Wirtschaftsführung vermeidbaren Haldenhäufungen als weithin sichtbares Kennzeichen für die Wirtschaftsabschwächung im Ruhrbergbau hingestellt werden, so ist das eine grobe Irreführung. In der neuesten Zusammenstellung der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind die Bestände mit 9,06 Millionen Tonnen angegeben. Diese Zahl ergibt sich, wenn man alle Bestände, die auf Halden, in Förderwagen, in Eisenbahnwagen, in den Kohlentürmen, in Kähnen und in den Syndikatslägern vorhanden sind, zusammenzählt. Auch die Bestände auf den Hüttenkokereien und die dem Werksselbstverbrauch dienenden Lager sind darin einbegriffen. Daß eine solche Zusammenrechnung ein schiefes Bild ergeben muß, liegt auf der Hand. Die Bestände in den Eisenbahnwagen und in den Kohlenkähnen und Kohlentürmen müssen zunächst überhaupt ausgeschieden werden. Ihr Umfang hängt von der Anzahl der beladenen Transportmittel ab. Sie stellen nichts Anormales dar, ebensowenig wie der Inhalt der Kohlenbunker, der zur Erzielung einer größeren Gleichmäßigkeit der Beladung dient. Bei dem großen Umfang des Werksselbstverbrauches, jetzt etwa ein Fünftel des Gesamtkohlenabsatzes, ist es durchaus natürlich, daß ein gewisser Vorrat für die belieferten Werke vorhanden ist; das gilt auch für die Hüttenkokereien. Dieser Vorrat ist aber nicht als Schwächezeichen zu werten. Ebenso verfehlt ist die Hinzurechnung der Syndikatsläger, die den Zechen vom Syndikat bereits bezahlt sind. Sie gehen über eine Million Tonnen hinaus. Anfang 1926 betrugen sie über zwei Mill. Tonnen. Daß auf den Umschlagsplätzen eine gewisse Bevorratung Platz greifen muß, bedarf keiner näheren Erläuterung. Der Gegenwert dafür ist mit den Zechen schon verrechnet. Zieht man die nicht zugehörigen Bestände ab, so kommt man, selbst wenn man den Inhalt der Kohlenbunker und die Bevorratung des Werksselbstverbrauchs mangels ausreichender Angaben in der Rechnung drin läßt, auf 6,4 Mill. Bestände. Diese Ziffer wird auch in den vom Preußischen Handelsministerium veröffentlichten Handelskammerberichten ausgewiesen.

Auch in dieser Zahl sind Koks und Briketts auf Kohle umgerechnet. Betrachtet man sie näher, so enthält sie bloß 2,67 Mill. Tonnen Kohlen. Dagegen aber 2,90 Mill. Tonnen Koksbestände. Die Brikettbestände sind nicht erheblich, sie haben außerdem in den letzten Monaten abgenommen. Der meiste Zuwachs entfällt auf Koks, der auch in absoluten Mengen die der Kohle überragt. Das hat einen technischen und einen wirtschaftlichen Grund. Die Abdrosselung der Koksproduktion gefährdet die Koksöfen, zum andern besitzt Koks eine viel längere Lagerfähigkeit. Entscheidend aber ist, daß bei der Koksgewinnung zahlreiche Nebenprodukte anfallen, deren Markt zur Zeit noch recht gut und vor allem sehr einträglich ist, hauptsächlich für die Benzolerzeugung. Die dabei erzielten Gewinne wiegen die Kokshalden übergenug auf und geben ihnen damit ihre betriebswirtschaftliche Rechtfertigung. Wenn den Unternehmern bis zum Verhandlungstage mit den Gewerkschaften keine anderen Argumente für den beabsichtigten Lohnraub einfallen als der Hinweis auf die Haldenbestände, so dürfte ihre Beweisführung auf recht schwachen Füßen stehen.

Kartellwucher mit Gummireifen

Wann endlich wird die Reichsregierung die verschärfte Kartell-Ordnung zur Anwendung bringen? Die Weigerung der Zementkartelle und des Linoleumtrustes, eine Preissenkung vorzunehmen, wären begründeter Anlaß zum Einschreiten. Dasselbe ist der Fall bei der Gummifabrikation.

Ein englisches Pfund (= 454 Gramm) Rohkautschuk kostete nämlich frei Nordseehafen:

im Jahresdurchschnitt 1913	2,59 M.
im Jahresdurchschnitt 1925	2,19 „
im Monatsdurchschnitt Dezember 1928	0,58 „
am 30. Mai 1929	0,91 „
am 2. Januar 1930	0,68 „
am 30. Juni 1930	0,53 „
am 19. August 1930	0,40 „

Seit dem Jahre 1925 haben die Reifenpreise sich in Deutschland kaum verändert, der Rohgummipreis ist aber inzwischen auf ein Fünftel gesunken. Gewiß geschah das hauptsächlich infolge des Außerkrafttretens des Stevensonplanes am 1. November 1928. Aber seitdem ist der Rohgummipreis fast ununterbrochen weiter gesunken und die Fabriken haben die Gelegenheit zum billigen Einkauf weidlich ausgenutzt. Sie können sich keineswegs darauf berufen, daß ein neuer Plan zur Einschränkung der Rohgummigewinnung in Aussicht stehe. Die Verhandlungen über einen derartigen Plan schweben seit vielen Monaten und es ist heute noch sehr zweifelhaft, ob er jemals feste Gestalt gewinnen wird.

Die Preisdiktatur der Reifenfabriken ist um so schlimmer, da auch ihr zweitwichtigster Rohstoff, die Baumwolle, einen Rekordtiefstand erreicht hat. Ein englisches Pfund (= 454 Gramm) amerikanische Baumwolle kostete frei Liverpool:

im Jahresdurchschnitt 1913	0,58 M.
im Jahresdurchschnitt 1925	1,08 „
im Monatsdurchschnitt Dezember 1928	0,80 „
am 30. Mai 1929	0,86 „
am 2. Januar 1930	0,80 „
am 30. Juni 1930	0,61 „
am 19. August 1930	0,50 „

Der Baumwollpreis ist also auf weniger als die Hälfte des Standes vom Jahre 1925 gesunken, während die Reifenindustrie die Baumwolle in den Cord-Geweben verarbeitet, das Niveau ihrer Verkaufspreise unverändert ließ.

Neben dem Sinken der wichtigsten Rohstoffpreise trugen aber auch noch weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen zur Verringerung der Gestehungskosten bei. Besonders der Continental-Trust hat davon profitiert.

Bei freier Konkurrenz auf dem Reifenmarkt wäre die Beibehaltung der hohen Preise selbstverständlich ausgeschlossen. Der Verband ist formell zwar nur ein Konditionenkartell; aber in Fachzeitschriften wird offen zugegeben, daß alle Gummireifen, die in Deutschland zum Verkauf gelangen, den gemeinsamen Preisfestsetzungen der in- und ausländischen Fabriken unterliegen, bei denen der Continental-Trust die führende Rolle spielt.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich scheinbar bis jetzt noch nicht für das Reifenkartell interessiert. Für wen sind die von der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen eigentlich gedacht, wenn nicht auch in erster Linie für die Gummireifen-Monopolisten, die bei einem Sinken ihrer wichtigsten Rohstoffpreise auf ein Fünftel bzw. auf weniger als die Hälfte die Preise der Fertigwaren nicht herabsetzen?

Eine Riesenpleite in Italien

Die italienische Wirtschaft hat einen Riesenzusammenbruch zu verzeichnen. Es handelt sich um die seit 50 Jahren bestehende Bonifische Ferraresi. Das Unternehmen ist in der Landwirtschaft tätig und finanziert in letzter Zeit, wahrscheinlich mit staatlicher Unterstützung, die ausgedehnten Meliorationen in Italien. Das Kapital wurde Ende 1923 auf 100 Millionen Lire erhöht. Im vorigen Jahr hat das Unternehmen etwa ein Siebtel seines Stammkapitals rein verdient und konnte eine Dividende von 14 Prozent verteilen.

Anfang dieser Woche fielen die Aktien der Bonifische Ferraresi, die einen Nominalwert von 200 Lire haben und im Frühjahr 1930 einen Höchststand von 450 Lire erreichten, mit einem Ruck auf etwa 50 Lire. Dem Kurssturz folgte schnell die Zahlungseinstellung. In der Geschäftsführung bei der Bonifische Ferraresi scheint vieles faul zu sein, wenigstens deutet die

Unterhaltung und Wissen

Der Mann, der die Welt bedient

„Dienst für alle“

Von Erich Gottgetreu

Einer möchte eine Erholungsreise machen, ist aber zu bequem, sich einen Plan dafür auszuarbeiten, das Kursbuch zu studieren, Hotelzimmer zu bestellen. Ein Regisseur sucht Statisten. Wo ißt man gut und billig? Jemand möchte Beziehungen zum Ausland anknüpfen. Wer weiß, wie man eine Fabrik organisiert? Wie man ein Bankett arrangiert? Woher man wichtige Adressen bekommt?

Den Leuten kann allen geholfen werden.

Sie müssen nur hundert Franken an den „France-Service“ zahlen, und dann haben sie auf ein Jahr in Monsieur Blanchet ihren Haushofmeister, ihren Intendanten, ihr Mädchen für alles.

Monsieur Blanchet ist der Mann, der die ganze Welt bedienen will. Mit drei Abonnenten hat er 1923 angefangen, heute hat er sechstausend, in drei Jahren, passen Sie auf, Millionen. Gerade ist er im Begriff, seine relativ kleinen Pariser Geschäftsräume im Elysée-Building mit einem echt amerikanischen Geschäftshaus in der Rue de Faubourg St. Honoré, mit hellen, weiten Sälen zu vertauschen. Die Schilder wandern mit: „Ask us for all you want; Demandez — nous tout ce que vous désirez; Todo en una sola officinae“.

Die Rue du Faubourg St. Honoré ist eine gar romantische Straße, die Schaufenster der vielen Antiquitätenladen lassen dort französische Feinkultur vergangener Jahrhunderte beschauen, und vor der englischen Botschaft halten Soldaten in knallbunten, schon historischen Uniformen wichtig Wache. Und gerade hier, wo überall die Sitten des Gestern zu dominieren scheinen, hat sich der Mann mit der Idee von heute und morgen niedergelassen; sie heißt Dienst für alle. Früher Jurist und Doktor der Rechte, Baccalaureus in Philosophie und Mathematik, Kaufmann, Schiffsmakler, Verwaltungsbeamter und Börsianer, Maler, Bildhauer (und kein schlechter), ja sogar von der Académie Francaise preisgekrönter Schriftsteller, wandelt er jetzt, jedem gefällig, als lebendes Lexikon herum, und was er selbst nicht sagen kann, wissen seine Kataloge, Kartotheken und Nachschlagewerke, seine Mitarbeiter in Paris, seine Korrespondenten in anderen Städten und Ländern.

Er zündet sich, zurückgelehnt im Klubsessel, eine schwere Zigarre an — Männer mit Beziehungen und Macht rauchen immer schwere Zigarren — und durch den blauen Rauch klingt die fesselnde Geschichte eines abenteuerlichen, erst fünfunddreißig Jahre währenden Lebens, das durch die Welt führte, in den Krieg und in deutsche Gefangenschaft, nach Bordeaux, nach Paris. „Um diese Zeit ging es mit meiner Idee um Leben und Sterben. Meine Angestellten haben mich für verrückt gehalten“.

„Die immer mehr sich ausbreitende Spezialisierung in Handel und Industrie, Kunst und Tagesleben ist eine Erschwernis für den einzelnen, für den Nichtfachmann; er findet sich heute gar nicht oder nur sehr schwer zurecht, wenn er mit Dingen in Berührung kommt, die weit außerhalb seines Berufes und seiner Gedankensphäre liegen. Aber ich bin da, um ihm zu helfen. Früher hatte jede große französische Familie einen Intendanten, heute gibt es den nur noch in den ganz aristokratischen Häusern — meine „Intendanz“ ist demokratisch, ist für alle da. Das Unterbewußtsein von 40 Millionen Franzosen schreit nach mir. Sie brauchen nichts weiter als zu telephonieren. . .“

Tausende also telephonieren schon, schreiben, kommen angelaufen — Monsieur Blanchet ist für jeden da. Man bekommt vor ihm und seiner Hilfsarbeit tiefen Respekt, wenn er erzählt, wie er junge Französinnen in gute Familien nach Cuba verpflichtet, wie er eine Reise nach Indien organisiert, Zahnärzte vermittelt, bei denen die Behandlung nicht weh tut, Schimmel für Filmaufnahmen besorgt, denen ein Wurf vom Fels geradezu ein Vergnügen bedeutet, für den Ballabend einer verrückten Amerikanerin falsche Augenwimpern innerhalb weniger Stunden von London nach Paris schicken läßt. Man bekommt einen tiefen Respekt.

Heirats- und Freundinnenvermittlung lehnt Monsieur Blanchet ab. Er will sich bei der Kundschaft nicht unbeliebt machen.

Deutschland ernährt sich zu kostspielig? — Essen wir zuviel Fleisch?

Wandlungen in der Volksernährung

Von Dr. A. Grotjahn, ord. Prof. der sozialen Hygiene an der Universität Berlin

Zwei Faktoren — ein biologischer und ein sozialer — bestimmen ausschlaggebend beim Menschen die Auswahl der Nahrungsmittel, einmal der dem Menschen innewohnende Trieb, sodann die Bedingtheit durch die Außenwelt, die diesen Trieb nur nach ganz bestimmten Richtungen hin Befriedigung finden läßt. Der Trieb zur Nahrungsaufnahme wird zunächst durch organische Vorgänge ausgelöst, die die Gemeingefühle des Hungers, des Durstes und der Ermüdung hervorrufen, weiterhin aber durch das Bestreben ergänzt, bei der Nahrungsaufnahme unter Vermittlung des Geschmackssinnes Lustempfindungen zu genießen. Im Nahrungstriebe vereinigt sich also das Streben nach objektiv zureichender Nahrung mit dem nach subjektiv schmackhafter Kost. Für den normalen Menschen ist dieser Trieb ein genügender Wegweiser; denn überläßt man dem Gesunden die freie Wahl seiner Nahrungsmittel, so nimmt er unwillkürlich mindestens so viel zu sich, daß Menge und Beschaffenheit der Ausgabe an Wärme, Arbeit und Körpersubstanz entsprechen, und zwar in einer Form, die ihm dauernd gut schmeckt. Die beliebtesten Nahrungsmittel lassen sich in drei Gruppen einteilen, die beständig wiederkehren: Mehlfrüchte und Kartoffeln, Molkereiprodukte und Fleisch.

Das individuelle Belieben bei der Auswahl der Nahrungsmittel scheint sich bei den Völkern des europäischen Kulturkreises ganz allgemein innerhalb dieser Gruppen zu halten.

Den physiologischen Kostmassen entsprechen diese Nahrungsmittel auch insofern, als Mehlfrüchte und Kartoffeln Stärkemehl, die Molkereiprodukte vorwiegend Fett und daneben Eiweiß, das Fleisch vorwiegend Eiweiß und daneben Fett enthält.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine bemerkenswerte Verschiebung in der Beliebtheit der Volksnahrungsmittel vollzogen. Die Pflanzenfette (Oliven-, Handrüb-, Leinöl) haben an Bedeutung verloren und werden, wenn irgend angängig, durch tierische Fette ersetzt. Speck und Schmalz sind beliebt, müssen aber, wo es die Geldmittel nur irgend erlauben, der Butter weichen. Diese erfreut sich ausnahmslos der höchsten Wertschätzung. Hafer, Gerste, getrocknete Linsen, Bohnen und Erbsen drohen ganz aus der Volksnahrung zu verschwinden. Das helle Weizenbrot wird in steigendem Maße dem reinen Roggenbrot vorgezogen. Der Genuß von feinem, frisch geröstetem Weizengebäck als Morgenspeise wird fast allgemein Bedürfnis. Der Zucker wird aus einem Genußmittel zu einem Nahrungsmittel. Das Fleisch erfreut sich allgemeiner Beliebtheit. Es fragt sich jedoch, ob diese Geschmacksentwicklung auch die gesundheitlich richtige und wirtschaftlich auf die Dauer tragbar ist.

Eine eindeutige Antwort ist uns die Wissenschaft bisher schuldig geblieben obgleich eine solche von der größten Bedeutung nicht nur für die Volksgesundheit, sondern besonders auch für die Volkswirtschaft wäre. Denn äßen wir wieder mehr das mineralsalzreiche Roggenbrot, so brauchten wir nicht für eine halbe Milliarde Weizen einzuführen und legten wir nicht so übertriebenen Wert auf Fleisch, so würde dadurch jeder Haushalt verbilligt, weil Pflanzenkost unverhältnismäßig wohlfeiler ist.

Die Ungewißheit darüber, ob überhaupt und, wenn ja, in welchen Mengen das Fleisch der Schlachttiere für die menschliche Ernährung wirklich notwendig ist, enthält einen schweren Vorwurf gegen unsere angeblich so vorgeschrittene Physiologie und Hygiene der Ernährung. Für unser Volk, das auf engem Raume 63 Millionen Menschen ernähren muß, ist es von größter Tragweite, genau zu wissen, wieviel Schlachttieren es Futtermittel, Aecker und Personal gewähren darf, ohne einem überflüssigen Gaumenkitzel seine Ernten an Getreide und Kartoffeln zu opfern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir unseren Nahrungsspielraum durch die Beschränkung der Schlachttierhaltung auf das physiologisch unbedingt zum Leben Notwendige sehr erweitern könnten. Deshalb ist es von aktuellem Interesse, endlich dieses Maß zu kennen, das bis jetzt weder Physiologie noch Hygiene auch nur einigermaßen zuverlässig angeben können.

Sollte es wirklich so schwer sein, durch Versuche großen Maßstabes und genügend langer Dauer an einer Personenschar die in nach Körperbeschaffenheit, Alter, Geschlecht und Arbeitsleistung gesonderten Gruppen zu verköstigen und zu beobachten wäre, diese Frage wenigstens annäherungsweise richtig zu beantworten?

Hier erwächst dem Reichsgesundheitsamt und den hygienischen und physiologischen Universitätsinstituten eine Aufgabe, die wie keine andere zeitgemäß und national wichtig ist.

Kein Zweifel, aber besteht darüber, daß die Milch zu den wertvollsten und gemessen am Nährgehalt letzten Endes doch auch billigsten Volksnahrungsmitteln gehört. Deshalb kann der Milchverbrauch innerhalb der gesamten Bevölkerung gar nicht groß genug sein. Der landesüblichen Ansicht, daß die Milch nur für Kinder, Schwache und Kranke gut sei, muß daher auf das nachdrücklichste entgegengetreten werden.

Auch der schwer arbeitende Erwachsene sollte sich mehr, als das bei uns landesüblich ist, mit dem Trinken von Milch und Milchkakao und dem Essen von Milchsuppen und Milchspeisen befreunden.

Denn der Nährwert der Milch bleibt der gleiche, ob man sie kalt oder warm, rein oder in Suppen und sonstigen Speisen verkocht oder als Buttermilch oder als saure dicke Milch genießt. Selbst die Magermilch, der man den größten Teil ihres Fettes zwecks Buttergewinnung entzogen hat, enthält trotz ihrer Billigkeit noch wertvolle Nährstoffe und sollte zum Kochen überall dort herangezogen werden, wo man den Preis für Vollmilch aufzuwenden sich scheut. In der Milch findet der Mensch alles, was den Muskeln neue Kraft und der körperlichen Maschine die nötigen Heiz- und Reparaturstoffe liefert.

Sacha Guitry als Honorarrekorder

Das höchste „Privathonorar“, das jemals Künstlern von einer Privatperson bezahlt worden ist, erhielt jetzt das Ehepaar Guitry, der Humorist Sacha Guitry und seine Gattin, die Sängerin Yvonne Printemps, von der Londoner Aristokratin Lady Ludlow. Sie bestand darauf, daß die Guitrys an einem Hauskonzert in ihrem Palais teilnehmen und mußte daran glauben, daß der Künstler eine — — Heidenangst vor der wirklich nicht aufregenden Kanalüberquerung hatte. Ob nun Guitry in der Tat „wasserscheu“ war, kann man schwer sagen; jedenfalls erhielten die beiden für eine kaum 75 Minuten dauernde Mitwirkung rund 1000 Pfund. Das läßt man sich schon gefallen. Im übrigen wurden die Guitrys lebhaft gefeiert, wie es sich für Leute geziemt, die 13 Pfund die Minute und mehr als 4 Schilling die Sekunde verdienen . . .

Amerika nicht mehr Einwanderungsland

Aus den letzten Einwanderungszahlen geht deutlich hervor, daß die Welt die Vereinigten Staaten nicht mehr als ein Land betrachtet, in dem Milch und Honig fließt. Von den 153 714 Quotendien der 71 ausländischen Nationalitäten für das Fiskaljahr 1929/30 blieben 16946 unangefordert. Interessant ist, daß von der Quote für England und Nordirland in Höhe von 65 721 rund 10 000 Einwanderungsmöglichkeiten unbenutzt geblieben sind.



Nachdruck verboten. (25. Fortsetzung.)

Erst als es dunkel geworden war, wagte sich Joseph zwischen die Häuser. Vielleicht, daß er doch hier eine Unterkunft fand: etwas zu essen, einen Bottich zum waschen und ein Lager, auf dem er sich ausstrecken konnte. Vor Sonnenaufgang würde er sich dann heimlich auf und davon machen. Er schlich suchend, scheu wie einer, der kein gutes Gewissen hat, durch die dunkeln, vom Sommerdunst mit schwerer Luft erfüllten müden Gassen. — — — — — — — —

In der engen Gasse, von der es hinunter an die Mosel geht, saß die Schneiderin Nettchen Schmitz auf der schmalen Bank an der Hauswand. Sie hatte den ganzen Tag zugeschnitten, probiert, genäht, und das bis um zehn Uhr am Abend, nun schöpfte sie Luft. Alles im Haus war zur Ruhe gegangen, nur sie allein war noch wach. Sie war immer diejenige im Haus, die am längsten auf war, dabei fand keiner mehr was.

Den Kopf hinüber gelehnt an die nackte Mauer, saß sie und schaute mit entrückt blickenden, weiten Augen auf zu den Sternen. Ob auf so einem, der da oben blinkte, wohl auch Menschen wohnten? Eine Näherin wohnte wie sie? Eine, die dort, wie sie hier, einsam war, vor der Türe saß und sich sehnte? Ach, so sehr sehnte! Die Einsame seufzte tief; sie fühlte sich heute besonders matt. „Sie nähen zuviel, Fräulein Nettche“, hatte die Frau von oben gesagt, als sie heute beim Vorbeigehen zu ihr ins Fensterchen guckte, „Marjö, wat sind Sie blaß! Fehlt Ihnen was? Sie sehen bald aus wie en Gespenst.“ Und dann hatte sie sich darüber sehr amüsiert, einen so guten Witz gemacht zu haben. Nettchen seufzte wieder: ach, ihr fehlte nichts — und doch fehlte ihr etwas, ihr fehlte sehr viel! Sie konnte das nur nicht sagen. Alles fehlte ihr, was sie befriedigen würde, gesund machen und glücklich. Die Frau oben erwartete jetzt das dritte Kind, hatte rote Backen, war gesund und fröhlich. Die hatte gut lachen!

Das einsame Mädchen erschauerte. Wirre Gedanken durchschossen Nettchens Kopf; ach, nur nicht immer wieder diese Gedanken, die sie so oft heimsuchten und quälten! Sie kamen in der Nacht, und dann war's vorbei mit dem Schlaf; sie blieben bis zum Morgen, und dann stand sie auf, müde und matt. Sie kamen auch bei der Arbeit, und dann war's am schlimmsten, denn dann mußte sie nachher trennen. Begehrende Gedanken, wilde Hoffnungen, allerlei Ideen, lauter Unmöglichkeiten, solche Unmöglichkeiten, daß sie schon Verrücktheiten waren. Ach, nur nicht verrückt werden über die Einsamkeit und über das leere Leben. Ueber das Altwerden ohne Mann, ohne Kind!

Nettchen schreckte zusammen; wer kam da? Sie hatte um diese Zeit im Gäßchen noch niemals Schritte gehört. Hier wohnten keine Leute, die spät abends nach Hause kamen. Es hatte sie noch niemals ein Mensch gestört, und wenn sie hier bis nach Mitternacht gesessen hätte. Nur die Katzen aus der Nachbarschaft kamen miauend geschlichen, und Fledermäuse, deren Zickzackflug man nicht mehr sehen konnte, spürte man durch ein leis-wehendes Streifen am Gesicht vorbei.

Sie hatte sich doch wohl getäuscht — kein Tritt mehr. Und doch wurde sie das Gefühl nicht los: da drüben an jener Wand des Hauses lehnt jemand und sieht hierher — nach dir? O was, nach ihr sah ja keiner. Oder der Mann, dessen Gestalt sie, jetzt schärfer hinsehend, entdeckte, verkannte sie. Der wartete auf eine andere. Sie räusperte sich. Und dann sagte sie ruhig: „Guten Abend“. Sie hatte ja nichts zu fürchten.

Von drüben erwiderte einer: „Guten Abend“, und kam dann über die Straße.

Auf Nettchens Gesicht fiel Sternenschein, der verschönte, es schimmern machte wie Mond im Dunkeln. Sonst sah man nichts, nur dies weiche Mondengesicht.

Der Mann schien erstaunt, hier eine so einsam zu finden. Auf der Bank vor der Tür im Dunkeln, und dann doch allein?! Soviel er erkennen konnte, ein hübsches Gesicht, und es schien ihm zu lächeln. „Darf ich mich neben Sie setzen, Fräulein? Ich bin müd.“ Er sagte es mit einem Seufzer.

„Ja, setzen Sie sich nur.“ Nettchen rückte ein bißchen. Sie kannte ihn nicht. Wäre er einer von hier gewesen, so hätte sie ihn erkannt, trotz der unsicheren Dunkelheit; aber den hier hatte sie noch niemals gesehen. Aber sie hatte keine Angst vor ihm, er schien ihr hübsch und sehr jung.

„Noch so spät auf?“ sagte er und klemmte sich neben das Mädchen auf das schmale Bänkchen. „Auf wen wartste denn?“

„Auf niemand.“

Er legte zutraulich den Arm um sie.

Sie zuckte unwillkürlich zusammen: ach, jetzt merkte der junge Mensch, daß sie einen Buckel hatte!

Aber er merkte nichts. Er war müde und ganz vom Dunkel umfangen. Hier saß es sich gut — ah! Er streckte die müden Beine mit den schmerzenden Füßen von sich. In einer Regung, die dreist war — war die hier vielleicht ein gefälliges Mädchen? — und die doch etwas Bangsuchendes in sich barg, wie bei einem Knaben, der sich im Wald verirrt hat, zog er sie näher zu sich heran. Man konnte ja mal versuchen, vielleicht nahm sie ihn auf. Sie durfte es nur nicht merken, wie heruntergekommen er war. Gut, daß es so dunkel war! Ihn fröstelte, nach heißem Tag kühlte die Nacht jetzt plötzlich rasch ab, ein Obdach wäre nicht zu verachten. „Wie heißt du, mein Schatz?“

„Nettchen!“ Sie ging auf seinen Ton ein; es fiel ihr gar nicht ein, „Sie“ zu sagen und abwehrend zu tun. Dieser hier war wie vom Himmel herunter in ihre Gasse gefallen, ein fremder Mensch und doch — „Und du, wie heißt du?“

„Joseph.“ Er küßte sie.

Und sie ließ sich so ruhig küssen, wie sie es sich hatte gefallen lassen, daß er den Arm um sie legte und sie näher an sich heranzog. Sie hielt ganz still, nur ihr Herz schlug rasend, in dem Tempo eines schnellen, unerhörten, schwindelnden Gefühls: ah, nun erfuhr auch sie es einmal, wie es einer zumute ist, um die sich der Arm eines Mannes legt! Jesus Maria, wenn er es nur nicht doch merkte, daß sie bucklig war! Ein Glück, daß es so dunkel war. Nettchens ängstlicher Blick suchte den Himmel ab: Gott sei Dank, kein Mond war zu sehen! Nur die Sterne blinzelten traulich. Die flüsterten da oben Stern bei Stern, wie zweie hier unten miteinander flüsterten.

Was sie eigentlich miteinander zu flüstern hatten, hätte keines von ihnen vorher zu sagen gewußt. Die Nacht sank, vertraut machend, immer tiefer auf sie herab. Am Ufer vorbei schlich leise die Mosel. Dumpf dröhnte nur langsam die alte Kirchenuhr; sie tat zwölf Schläge.

„Als zwölf! Ich bin so müd“, flüsterte gähnend der Bursche. „Und verdammt hungrig.“ Der Magen tat dem Joseph weh, er hatte Krämpfe darin vor Hunger. (Fortsetzung folgt.)

Unorganisierte Bergarbeiter haben keinen Anspruch auf den Tariflohn

Urteil Amtsgericht Dortmund

In letzter Zeit werden Klagen laut, wonach die Zechenverwaltungen einer Anzahl Bergarbeitern die Tariflöhne herabsetzen. So wurde kürzlich in der Presse mitgeteilt, daß auf einigen Zechen des Ruhrreviers die Verwaltungen den Gedingeschleppern erklärt hätten, daß von nun an die Gedingeschlepper nur noch den Schlepperlohn bekommen. Anderen Bergarbeitergruppen soll ähnlich so gesagt worden sein. Ueber diese Maßnahme der Grubenbesitzer wurde sehr starke Kritik geübt.

Bei der Herabsetzung der Tariflöhne durch die Zechenverwaltungen handelt es sich durchweg um Bergarbeiter, die nicht organisiert sind und daher keiner Tarifgemeinschaft angehören.

Die Bergwerksbesitzer sind verpflichtet, nur den Bergarbeitern die Tariflöhne zu zahlen, die der Tarifgemeinschaft angehören, d. h., organisiert sind. Wenn die Zechenverwaltungen jetzt mit Lohnherabsetzungen in der hier angedeuteten Form bei den Unorganisierten vorgegangen sind, so läßt sich rechtlich nichts dagegen machen, da der Tariflohn nur für die organisierten Bergarbeiter bindend ist. Davon machen die Unternehmer jetzt ausgiebigen Gebrauch. Wenn die Bergarbeiter sich gegen den Lohnabzug schützen wollen, so müssen sie sich dem Bergbauindustriearbeiter-Verband anschließen.

Durch die Presse lief dieser Tage folgende Notiz:

Ein unorganisierter Bergmann klagt am Dortmunder Arbeitsgericht.

Am Dortmunder Arbeitsgericht klagte der Bergmann P. Er war auf einer den Vereinigten Stahlwerken gehörigen Zeche bis vor etwa fünf Monaten beschäftigt. Weil er seit dem 1. April 1927 wegen angeblicher Minderleistung fortlaufend untertariflich entlohnt wurde, wollte er die Differenz zwischen dem erhaltenen und dem Tariflohn in Höhe von 1754,70 M. einklagen.

Betr. der Lohnansprüche aus dem Jahre 1927 wurde von dem Vertreter der Beklagten der Einwand der Verjährung erhoben und im übrigen geltend gemacht, daß es gegen Treu und Glauben verstoße, daß der Kläger jetzt, nachdem er jahrelang untertariflich gearbeitet und dadurch die neue Lohnvereinbarung stillschweigend anerkannt habe, mit solchen Forderungen komme. Der Kläger entgegnete, daß er sich verschiedentlich bei seinem Steiger über den geringen Verdienst beschwert, aber nichts erreicht habe.

Der Vorsitzende fragte ihn dann, ob er denn auch mal beim Betriebsrat gewesen sei und diesen wegen seiner Angelegenheit mobil gemacht habe. Diese Frage verneinte er. Sein Vertreter, der auch gerne seinen „Senf hinzutun wollte", besaß sogar die Frechheit, zu erklären, daß so etwas für seinen Kollegen überhaupt nicht in Frage komme, er sei doch beim Steiger gewesen, worauf der Vorsitzende so ganz unverbindlich fragte, ob der Kläger organisiert sei. Prompt hieß es, wie nicht anders erwartet wurde: „Nein".

Der Vorsitzende: **Dann findet der Tarifvertrag auf Sie überhaupt keine Anwendung.** Der ist nur verbindlich und nicht allgemein verbindlich.

Und der Schlußeffekt: Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß der Kläger, weil er nicht organisiert sei, keinen Anspruch auf den Tariflohn habe und der Tarif für ihn abdingbar sei.

Organisation der Krebsbekämpfung in der Provinz Westfalen

Wie durch die Westfälische Presse schon im Februar d. J. mitgeteilt wurde, besteht in Westfalen der Plan, die Krebs-Bekämpfung tatkräftig zu organisieren. Ueber die Notwendigkeit dieses Kampfes braucht angesichts der steigenden Zahl dieser verheerenden Krankheit kein Wort verloren zu werden. Die Krebssterblichkeit übertrifft die an Tuberkulose heute bei weitem. (Im Jahre 1928 sind 69 000 Deutsche an Krebs gestorben gegen 59 000 an Tuberkulose; auf 10 000 Einwohner berechnet kommen auf Tuberkulose 9,3, auf Krebs 10,7).

Für Westfalen ist es nicht notwendig, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, da wir in der glücklichen Lage sind, in dem Westfälischen Verein für Krebs- und Lupusbekämpfung einen geeigneten Träger zu besitzen. Die großen Erfolge, die dieser Verein in der Lupus-Bekämpfung aufzuweisen hat, sind weitbekannt: Die Lupusfälle sind im wesentlichen jetzt ergriffen, das Westfälische Lupusheim bei Münster ist im Bau, Westfalen wird im nächsten Jahre wohl die vollkommenste Lupus-Bekämpfung in ganz Deutschland haben. Jetzt wird der Verein, getreu seinem schon vor dem Kriege bei der Gründung gesteckten Ziel, auch die Krebs-Bekämpfung wieder in die Hand nehmen. Ein besonderer Krebs-Ausschuß unter Führung und Heranziehung namhafter ärztlicher Autoritäten, namentlich der münsterischen Universität, ist bereits am Werke und trifft für den Oktober d. J. eingehende Vorbereitungen, um dann mit seinem Programm hervorzutreten und den gesamten beteiligten Stellen Westfalens seine Vorschläge für eine organisierte Krebs-Bekämpfung zu unterbreiten. Es bedurfte dieser Absicht eingehender und vorsichtiger Vorbereitung, namentlich der Beschaffung von Unterlagen, die in mehrfachen Sitzungen in kleinem Kreise getroffen sind, um dann mit einer möglichst ganzen Sache hervorzutreten.

Ein zweiter, sehr günstiger Umstand ist, daß wir in den münsterischen Universitätskliniken, besonders die Frauenklinik, bereits eine Stätte in Westfalen zur Verfügung haben, die sich bisher schon in besonderem Maße mit der Krebs-Bekämpfung, vorzüglich bei Frauen, befaßt hat. Ebenso haben wir zur Zeit in Recklinghausen in dem Knappschaftskrankenhause eine gleiche Stätte. An beiden Stellen sind nicht unerhebliche Mengen von Radium vorhanden, so daß wir auch hierin leichter aufbauen können.

Inzwischen ist auch der Reichsausschuß für Krebsbekämpfung in Berlin ins Leben gerufen, an dessen Gründung sich der Westfälische Verein beteiligt und ihn gutgeheißen hat. Hinter den Plänen des Vereins steht namentlich auch die Westfälische Arbeitsgemeinschaft der Reichsversicherungsträger, da diese ein Hauptfaktor für die Krebsbekämpfung ist. Mit Recht wurde dieser Gedanke auch in der Sitzung des Reichsausschusses hervorgehoben, indem von maßgebender Stelle betont wurde, daß keine Stelle besser und vollkommener an die Krebs-Fälle herankäme als die Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen), da diesen an sich schon berufsmäßig und gesetzlich die Krebs-Bekämpfung obläge. Nun wird in rheinischen Zeitungen in letzter Zeit stark Propaganda gemacht für die Gründung einer „Zentral-Strahlen-Klinik" für die Krebsbekämpfung im Westen, die auch für das „angrenzende" Westfalen als Zentral-Behandlungsstätte zweckmäßig in Frage käme. (Es scheint, daß nach Auffassung der Verfasser Westfalen die historische Aufgabe hat, an Rheinland „anzugrenzen" und keine selbständige Rolle zu spielen.) Das ist der Gedanke, der bei der hohen Bedeutung Westfalens, der Dichtigkeit der Bevölkerung und Häufigkeit der Krebsfälle, und bei unseren schon vorhandenen guten Einrichtungen für die Krebsbekämpfung wohl nicht erörtert werden kann. Westfalen hat das Bedürfnis, selbständig vorzugehen, zumal der Ausbau der Krebs-Bekämpfung hier bereits Unterlagen hat, die im Rheinland erst geschaffen werden müssen.

Es ist erfreulich, daß sich alle Kräfte regen, um den Kampf gegen diese zunehmende schwere Volkserkrankung aufzunehmen. Westfalen wird zweifellos darin eine führende Stellung einnehmen unter Einschaltung des glücklicherweise bereits Vorhandenen und wird bei unserer so gedrückten Finanzlage nicht unnötigerweise etwas Neues schaffen, was erhebliche Kosten erfordern würde.

Schokoladenmilch als Selterwasser

Dietrichs Schlüssel zur Finanzwohlfahrt

Als der jetzige Reichsfinanzminister Dietrich noch Ernährungsminister war, damals allerdings noch Demokrat und noch nicht Anhänger von Notverordnungen, setzte er sich mit aller Macht für die Förderung der Milchproduktion und des Milchverbrauches ein. Seit seiner Ministerschaft stehen jährlich im Etat Millionen und aber Millionen, die der milchproduzierenden Landwirtschaft zugute kommen. Und als der Reichstag noch kurz vor der Auflösung mit überaroßer Mehrheit das seit Jahren in Vorbereitung gewesene Reichsmilchgesetz endlich annahm, wurde auch eine Entschließung angenommen, die besagte:

„Zur Hebung des Milchkonsums und wegen der leichten Verderblichkeit ist auch die sogenannte Schokoladenmilch oder Trinkschokolade in Flaschen als Milcherzeugnis anzusehen und darf infolgedessen nicht unter das Mineralwassersteuergesetz als „künstliches Getränk" fallen."

Inzwischen ist der Demokrat Dietrich unter der Brüning-Regierung zum „staatsparteilichen" Finanzminister avanciert, und — so unglaublich es klingt — er hat jetzt einen Erlaß herausgegeben, der jener Entschließung des Reichstags dem Sinn des Reichsmilchgesetzes und der im Etat bewilligten Mittel zuwider die sogenannte Schokoladenmilch, die zu 92 Teilen aus Voll- und Magermilch und zu 8 Teilen aus „Kakaotrunk" besteht, besteuert!

Auf die zahlreichen Beschwerden, die von Molkereien aus dem ganzen Reiche gegen diese ungerechtfertigte Besteuerung eingelaufen sind, gab der Finanzminister die klassische Begründung: Diese Schokoladenmilch trete als Erfrischungsgetränk mit den Limonaden in Wettbewerb und es sei daher nur recht und billig, sie gleich diesen mit der Mineralwassersteuer zu belasten. Denn der Steuerfiskus habe auch ein Interesse daran, daß die Wettbewerbsgetränke nicht die verhältnismäßig hoch besteuerten Limonaden vom Markte verdrängen. Nach Auffassung des Ministeriums gehört die Schokoladenmilch zu der Gruppe der „anderen künstlich bereiteten Getränke", die unter die Mineralwassersteuer fallen. Es fehlt wahrlich nur noch, daß auch Trinkwasser besteuert wird, denn auch dieses tritt zweifellos „in Wettbewerb" mit den Limonaden und würde dem Steuerfiskus Riesensummen sichern.

Doch Scherz beiseite! Ist schon die Mineralwassersteuer nach keiner Richtung hin zu rechtfertigen, so noch viel weniger die Besteuerung der Schokoladenmilch, der man doch mindestens dieselbe Steuerfreiheit zugestehen muß, wie Orangeade und anderen Fruchtsäften, zumal diese bloß Erfrischungsgetränke, die Schokoladenmilch aber ein hochwertiges Ernährungsgetränk ist. Geschädigt werden mit der famosen Entscheidung des Herrn Dietrich die Milchproduzenten wie die Verbraucher. Bevor diese Steuer in Kraft trat, stellte z. B. die Firma Maurion im Juni 1930 5100 Zentner Kakaotrunk her, der mit einem Zusatz von 3 Millionen Liter Milch konsumiert wurde. Die Hersteller der Milch sind in der Hauptsache Kleinbetriebe, denen ja bekanntlich der Landbund immer ganz besonders helfen will, und Molkereien im ganzen Reich, die in direkter Verbindung mit Schulen, städtischen Wohlfahrtsämtern und Kantinen diesen Kakaotrunk absetzen, ohne jeden Zwischenhandel. Das Viertelliter dieses nahrhaften, erfrischenden Getränks wurde bisher zu 10 Pf. abgegeben, durch die Steuer dürfte es um 2½ Pf. je Viertelliter verteuert werden. Erfahrungsgemäß findet in solchen Fällen aber stets eine Abrundung nach oben statt, und wenn auch Schulen und Wohlfahrtsämter das Viertelliter zu 13 Pf. verkaufen werden, so werden andere Stellen zweifellos 15 Pf. dafür nehmen. Die Zuschriften der Molkereien beweisen, daß diese Verteuerung bereits eingetreten ist, und daß infolgedessen im Monat Juli kaum die Hälfte der Flaschen abgesetzt werden konnte wie im Juni.

Viele Molkereien haben die Herstellung von Schokoladenmilch wegen der untragbaren Belastung eingestellt, manche vielleicht auch, um den verwaltungsmäßigen Scherereien aus dem Wege zu gehen, denn nicht jede Molkerei ist in der Lage, einen besonderen Beamten für die Steuerberechnung einzustellen. Eine Reihe von Gutachten städtischer Wohlfahrtsämter und bedeutender Aerzte betonen die außerordentliche Bekömmlichkeit der Schokoladenmilch nicht nur für Schulkinder, sondern auch für Kranke und Rekonvaleszenten; aber was fragt das Finanzministerium danach, wenn nur der kranke Steuerfiskus durch die 37 Millionen Mark Mineralwassersteuer sich gesund machen könnte.

Die Molkereien werden sich mit dem Entscheid des Finanzministeriums nicht beruhigen, sondern ihr Recht im Verwaltungsstreitverfahren suchen. Die Konsumenten aber haben am 14. September die schönste Gelegenheit, zu zeigen, daß sie mit dieser Art Brandschatzung durch den Steuerfiskus nicht einverstanden sind, und sich nicht länger lebenswichtige Nahrungsmittel durch die Finanzpolitik des Bürgerblocks verteuern lassen wollen.

Aus russischer Gefangenschaft heimgekehrt

Aus russischer Gefangenschaft ist in den letzten Tagen der aus Darmstadt gebürtige August Becker unverhofft nach Brensbach zurückgekehrt. Nach dem Friedensschluß mit Rußland wurde er von einer Bande nach Sibirien verschleppt, wo er 13 Jahre lang Zwangsarbeit leisten mußte. In letzter Zeit gelang es ihm, mit dem deutschen Konsulat in Verbindung zu kommen, das die nötigen Schritte für seine Heimreise unter-

Keine Arbeiterentlassungen bei Opel

Günstiger Absatz

Wie uns mitgeteilt wird, hat sich bei der Adam Opel A.-G. der Absatz so günstig entwickelt, daß das vorgesehene Fabrikationsprogramm erweitert werden mußte. Die Werke beschäftigen zur Zeit 6169 Arbeiter und Angestellte. Die Gerüchte über bevorstehende Entlassungen von 1000 oder gar 2000 Arbeitern, die offenbar auf vorsorgliche Verhandlungen der Direktion mit dem Betriebsrat zurückgehen, entbehren angesichts der günstigen Entwicklung jeder Grundlage.

Das ist ein weiterer erfreulicher Lichtblick in der augenblicklich trüben Wirtschaftssituation. Es hat aber danach auch den Anschein, daß die Wirtschaftslage von interessierter Seite mit einer besonderen Absicht trostloser hingestellt wird, als es wenigstens in der Großindustrie der Fall ist, man besehe sich daraufhin die andauernden Entlassungen im Ruhrbergbau!

*

Die Stillegungen und Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau

Beim Stillegungskommissar ist eine weitere Reihe von Meldungen über Stillegungen von Kokereien und Arbeiterentlassungen eingegangen. Die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Gelsenkirchen, melden die Stillegung der Kokerei Zollverein III-X an. Hiervon werden 140 Arbeiter betroffen. Die Kokerei Bonifatius soll teilweise stillgelegt werden unter Entlassung von 77 Arbeitnehmern. Weiter melden die Vereinigten Stahlwerke für die unterirdischen Betriebe der Zeche „Zollverein" die Entlassung von 150 Arbeitern.

Beim Stillegungskommissar sind weiter folgende Anträge auf Bergarbeiterentlassungen gestellt worden: Zeche Bruchstraße (Vesta) in Langendreer 250 Mann, Karolinenglück in Bochum 250 Mann, Prinz Regent in Bochum 100 Mann. Die Kündigungen sollen am 1. September zum 15. September ausgesprochen werden.

Haus- und Straßensammlungen für Jugendherbergen genehmigt

Der preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege hat dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen gelegentlich seines am 21. September stattfindenden Reichswerbetages die planmäßige Durchführung von Haus- und Straßensammlungen in Verbindung mit Mitgliederwerbung für Preußen genehmigt. Das Reichsministerium des Innern hat den außerpreußischen Ländern empfohlen, ihrerseits ebenfalls die Genehmigung zu erteilen. Der Zweck der Sammlung, die in üblicher Weise durch Rundschreiben, Zeitungswerbung, öffentlichen Anschlag und Rundfunk vorbereitet wird, soll für den Ausbau des Reichsherbergsnetzes bestimmt sein. In jeder preußischen Provinz ist noch die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen, dem es freisteht, Zeit, Dauer und Umfang der Sammlung regeln zu lassen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen in größeren Städten überhaupt nicht, in ländlichen Bezirken nur mit besonderer Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten oder der von ihm bezeichneten nachgeordneten Behörde als Sammler verwandt werden. Die als Sammler zugelassenen Personen müssen einen polizeilich abgestempelten Ausweis bei sich führen. Es sind besondere Sammelbüchsen herausgegeben worden. Mit der Sammlung ist ein Verkauf von Postkarten, Abzeichen und ähnlichen Werbemitteln verbunden.

Reichsbahn-Personen-Tariferhöhung am 1. September

Uebergangsbestimmungen für vorher gelöste Fahrkarten, für Arbeiterwochenkarten und Fahrscheinhefte.

Eine Beschränkung der Gültigkeitsdauer der Fahrausweise tritt in den Tagen vor oder nach Einführung der neuen Fahrpreise nicht ein. Es gelten also z. B. die am 31. August ausgegebenen einfachen Fahrkarten zum Antritt oder zur Fortsetzung und Beendigung der Fahrt bis einschließlich 3. September.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September werden die Fahrkarten ohne Rücksicht auf die Abgangszeit des Zuges bis 24 Uhr zu den alten Fahrpreisen ausgegeben. Die Fahrkarten erhalten den Stempelaufdruck des 31. August. Von 0.00 Uhr an werden alle Fahrkarten zu den neuen Preisen verkauft.

Bei Beförderungsscheinen, die auch für die Rückfahrt ausgestellt sind, und in denen als Tag der Rückfahrt ein Tag nach dem 31. August angegeben ist, wird für die Rückfahrt der neue Preis berechnet.

Die vor dem 1. September 1930 gelösten Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Teilmonatskarten, Arbeiterrückfahrkarten und Feriensonderzugrückfahrkarten gelten bis zum Ablauf ihrer gewöhnlichen Geltungsdauer.

Die Gültigkeit der Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebüros für einfache Fahrten im innerdeutschen Verkehr, für die gewöhnliche Fahrkarten ausgegeben werden können, wird derart beschränkt, daß die Gültigkeit der von sofort ab bis zum 31. August 1930 (einschl.) gelösten Fahrscheinhefte am 3. September 1930 erlischt. Das gleiche gilt auch für Fahrscheinhefte, in denen mehrere geschlossene Hin- und Rückfahrten vereinigt sind. Die Einschränkung der Gültigkeitsdauer wird auf den Umschlägen und Fahrscheinen dieser Hefte vermerkt.

Im übrigen wird die Ausgabe, die Geltungsdauer und Benutzbarkeit der Fahrscheinhefte nicht beschränkt.

Auch ist bei Benutzung von Fahrscheinheften nach dem 1. September ein Fahrpreisunterschied nicht zu zahlen. Die Fahrscheinhefte mit einschränkendem Vermerk über die Geltungsdauer sind nach dem 3. September auch gegen Nachzahlung des Fahrpreisunterschiedes nicht benutzbar.

*

Besonders „erfreulich" wirkt die vorstehende amtliche Mitteilung, wenn wir folgendes bedenken:

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie sich in einer sehr ungünstigen wirtschaftlichen Lage befindet. Zur besseren Sicherung des Verkehrs und für Neuanlagen ist kein Geld vorhanden. Die unzureichenden Löhne können nach Angaben der Hauptverwaltung nur erhöht werden, wenn die Tarifsätze bei der Reichsbahn eine wesentliche Erhöhung erfahren. Wiederholt ist darauf aufmerksam gemacht, daß an manchen Ausgabeposten gespart werden kann. Der Verkehrsausschuß des Reichstages hat sich an die Reichsbahnhauptverwaltung gewandt, um die Höhe der Gehälter der leitenden Beamten zu erfahren.

Die „Bremer Nachrichten" vom 31. Juli, 2. Ausgabe, gibt Gehälter der leitenden Beamten bekannt. Danach erhält pro Jahr der Generaldirektor 89 000 M. Gehalt und 24 000 M. Dienstaufwandsentschädigung, also zusammen 122 000 M.; sein Stellvertreter 66 000 M. Gehalt und 12 000 M. Dienstaufwandsentschädigung, also zusammen 78 000 Mark.

Die Direktoren des Vorstandes erhalten 43 000 bis 48 000 Mark. Die neun Abteilungsleiter bei der Hauptverwaltung und bei der GV. Bayern 26 500 bis 27 000 Mark ohne Aufwandsentschädigung. Ein gewöhnlicher Reichsbahndirektor bezieht im Durchschnitt 19 740 M.

Im Verlag der Verkehrswissenschaftlichen Lehrmittelgesellschaft erschien ein Buch: „Verzeichnis der oberen Reichsbahnbeamten 1930". Man findet darin, daß allein die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn mit 57 Direktoren, 14 Oberräten und Reichsbahnräten und 136 Oberamtmännern ausgestattet

Schweres Bootsunglück auf dem Haff

Sieben junge Leute ertrunken

Stettin, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Ein gekentertes Boot der Jungmarine wurde heute früh von Fischern in der Nähe der Kaiserfahrt gefunden. An das Boot hatte sich der Jungmann Methke angeklammert. Er berichtete, daß er mit sieben Mann der Torgelower Jungmarine am Sonntag in einem Boot von Ueckermünde aus in das Haff gesegelt sei. Sie wurden von einer Gewitterboe überrascht. Das Boot kenterte und alle acht Personen fielen ins Wasser. Methke allein konnte sich an dem gekenterten Boot festklammern und trieb über zwölf Stunden im Wasser. Die übrigen Insassen, junge Leute im Alter von 15 bis 18 Jahren und der Führer des Seglers, Siegemann, sind ertrunken.

Raubüberfall auf eine Sparkasse

Bremen, 25. Aug. (Drahtmeldung.) In die städtische Sparkasse drangen heute nachmittag zwei Männer mit vorgehaltenen Revolvern ein und raubten etwa 23 000 RM. in verschiedenen Geldsorten. Den Tätern, die mit einem Auto, das der Nummer nach in Hannover gestohlen worden ist, vorgefahren waren, gelang es, mit demselben Auto zu entkommen. Sie trugen grüne Brillen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Schwerer Verkehrsunfall in Wannsee

Zwei Tote

Berlin, 25. Aug. (Drahtmeldung.) In Wannsee wurde in der vergangenen Nacht ein Lastkraftwagen von einem unbekannt gebliebenen Privatkraftwagen seitlich angefahren. Durch den Anprall wurden eine auf dem Lastkraftwagen mitfahrende Frau und ihr achtjährige Tochter vom Wagen geschleudert. Sie erlitten beide so schwere Verletzungen, daß sie bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarben.

Zugentgleisung in Portugal

Paris, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Einer Agentur-Meldung aus Lissabon zufolge ist ein Personenzug gestern bei Lusa entgleist. 30 Reisende sind verletzt worden, darunter sechs sehr schwer.

Panik auf einer Ausstellung

Paris, 25. Aug. (Eig. Meldung.) In einem Dorfe bei Toul kam es gestern anläßlich einer landwirtschaftlichen Ausstellung zu einem folgenschweren Zwischenfall. Das scheugewordene Pferd eines Besuchers riß sich plötzlich vom Wagen los und raste in die dichte Menschenmenge. Erst nach langen Bemühungen konnte man das Tier bändigen. 15 Personen sind bei der allgemeinen Panik verletzt worden, davon drei sehr schwer.

28 Verletzte bei einer Vergnügungsfahrt

Wolmirstedt, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Am Sontag unternahm der Magdeburger Gesangverein auf zwei Lastkraftwagen einen Ausflug in die Letzlinger Heide. Abends auf der Rückfahrt geriet der eine Wagen beim Ueberholen eines anderen Autos auf der Chaussee zwischen Barleber und Elbeu ins Schleudern und stürzte um. Etwa 28 Personen wurden verletzt. Drei Schwerverletzte wurden nach dem Krankenhaus in Wolmirstedt gebracht, die übrigen in Magdeburger Krankenhäuser, wo acht schwerer Verletzte bleiben mußten, während die anderen nach ärztlicher Behandlung entlassen werden konnten.

Wilhelm als Schützenkönig

Prinzessin Hermine, die Frau des Exkaisers, hält sich zurzeit in Sabor (Schlesien) auf. Zu dem Schützenfest, das hier vor einigen Tagen stattfand, lud die Schützengilde in treudeutscher Dankbarkeit Hermine und ihren Mann ein. Wilhelm beauftragte seinen ältesten Stiefsohn, drei Schüsse für ihn abzugeben, und siehe da: der junge Herr traf, im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten der Hohenzollern, tatsächlich ins Schwarze. Der Exkaiser ist also nunmehr höchst offiziell Schützenkönig von Sabor, obschon es der Treppenwitz der Weltgeschichte gewollt hat, daß S. M. selbst zu dieser Würde gekommen ist, ohne daß er etwas dazu getan hat. Man sieht: Wilhelm bleibt nicht nur den Schützen von Sabor, er bleibt sich auch selber treu.

Die Ozeanbezwinger

Neuyork, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Sämtliche Morgenblätter bringen ausführliche, sehr freundlich gehaltene Schilderungen des Atlantikfluges von Gronaus. Da der fast nur schnurgerade Nordsüdflug von Ivigtut nach Halifax über Orte führte, die keine Verbindung mit der Außenwelt haben, waren eingehendere Meldungen nicht möglich. Aus den ersten Unterredungen mit den Ozeanfliegern in Queensport heben die Blätter die Bescheidenheit Gronaus und seiner Begleiter rühmlich hervor. Trotz der Schwierigkeiten, die den Fliegern dichter Nebel bereitete, hätten sie Halifax erreichen können, wenn ihr Kartenmaterial besser gewesen wäre. Unter Berücksichtigung der Wetterlage hätten die Flieger jedoch eine Landung in Queensport für geratener gehalten. Sie hoffen, ihr nächstes Ziel, Neuyork, bald zu erreichen.

Halifax, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Der deutsche Atlantikflieger von Gronau startete in Queensport um 6.50 Uhr Ortszeit zum Weiterflug nach Halifax. Das Wetter in Queensport ist klar, in Halifax neblig.

Gronau in Marie-Joseph gelandet

Halifax, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Der deutsche Atlantikflieger von Gronau ist in Marie-Joseph (Kreis Halifax) um 9.30 Uhr Ortszeit zur Erlangung eines Wetterberichts aus der Umgebung von Halifax gelandet. Gronau wurde von der Canadian-Preß telephonisch verständigt, daß über Halifax dichter Nebel herrsche; es bestehe allerdings Aussicht auf Besserung des Wetters.

Die Spenden für Koblenz

73 794 Mark gesammelt.

Koblenz, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) An Spenden für die Hinterbliebenen des Koblenzer Brücken-Unglückes sind bisher insgesamt 73 794 Mark eingegangen. Von den 30 Toten waren 16 in Koblenz, 22 auswärts beheimatet. Die Hinterbliebenen sind 4 Ehefrauen, 15 Kinder unter 14 Jahren und 4 Ehepaare. Da die Beerdigungskosten der in Koblenz beheimateten Toten und die Ueberführung der auswärtigen Toten von der Stadt Koblenz getragen wurden, werden die eingegangenen Spenden völlig zu Gunsten der Hinterbliebenen und Geschädigten verteilt werden können. Zur Linderung der ersten Not wurden sofort 5100 Mark an die betreffenden Familien ausgezahlt. Sachschäden sind für etwa 600 bis 8000 Mark angemeldet worden.

Die Ikarus-Tragödie

im ewigen Eis

Stockholm, 24. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die Berichte über die Auffindung der Andréschen Polarexpedition auf der „Weißen Insel" bei Franz-Josefs-Land haben in Schweden großes Aufsehen erregt. Die Blätter bringen in längeren Artikeln ausführliche Würdigungen des kühnen Versuchs Andrés, im Ballon den Nordpol zu überfliegen. Die schwedische Regierung hat sich telegraphisch an den schwedischen Konsul in Tromsö gewandt und einen amtlichen Bericht über die Funde angefordert. Es wird erwartet, daß die Leichen der Expeditionsteilnehmer und die Ueberbleibsel des Lagers Mitte September in Norwegen eintreffen werden. Voraussichtlich wird dem Transport ein schwedisches Panzerschiff entgegengeschickt werden, das die Ueberreste auf schwedischen Boden überführen soll, wo André und seinen Begleitern ein feierliches Begräbnis bereitet werden wird.

Tenholt auf Mördersuche

Eine neue Affäre des Haas-Jägers von Magdeburg. — Wieder eine falsche Verdächtigung?

Kriminalkommissar Tenholt, der im Mittelpunkt der Magdeburger Haas-Affäre stand, ist schon wieder der Gegenstand unliebsamer Erörterungen. Dieser Sherlock Holmes in Westentaschenformat, der einer Anwandlung von fast komischem Ehrgeiz in trautem Verein mit dem früheren Landgerichtsrat Kölling gar zu gern den ihm als Juden von vornherein verdächtigen Fabrikanten Haas als Mörder in die Hände der rächen-Justiz geliefert hätte, scheint sich in Gelsenkirchen, wohin er versetzt wurde, noch nicht eines Besseren besonnen zu haben. Offenbar ist Tenholt auch am Orte seiner neuen Tätigkeit ein bißchen leichtfertig auf Mördersuche gegangen.

Die Sache wurde ruchbar durch eine Klage Tenholts gegen einen Invaliden Daniel Dresch, gegen dessen Sohn Karl und gegen den früheren Polizeiwachtmeister Fritz Olschowy. Die Sache wird zurzeit verhandelt; ein umfangreicher Zeugenapparat ist aufgeboten.

Am 21. Juli 1928 fand man im Rhein-Herne-Kanal die Leiche eines 26jährigen Ernst Dresch, Schußwunden wiesen auf einen Mord hin. Tenholt, der gemeinsam mit dem Polizeikommissar Weiß aus Buer den Fall behandelte, verhaftete den Vater und Bruder des Ermordeten. Zum Leidwesen Tenholts mußten aber die Beschuldigten, nachdem sie einige Monate lang in Untersuchungshaft gesessen hatten, wieder in Freiheit gesetzt werden. Es konnte ihnen nichts nachgewiesen werden.

Das dicke und für Herrn Tenholt eventuell noch recht unangenehme Ende kommt nach. Mörder, die nur deshalb aus der Haft entlassen werden, weil man ihnen nichts nachweisen kann, pflegen im allgemeinen den Mund zu halten. Die beiden Dreschs taten das Gegenteil, und man kann daraus immerhin den Schluß ziehen, daß sie in der geheimnisvollen Mordsache ein ziemlich reines Gewissen zu haben scheinen. Mit Hilfe von Material, das der Polizeiwachtmeister Olschowy beschafft hatte, erhoben die zu Unrecht Beschuldigten in aller Oeffentlichkeit die schwersten Vorwürfe gegen Tenholt. Es heißt, daß Tenholt die ganze Untersuchung gegen Vater und Sohn nur auf Grund der Aussagen eines Geisteskranken durchgeführt habe; es heißt ferner, daß Tenholt Kassiber gefälscht und die Aussagen der Verhafteten im Protokoll tendenziös geändert habe. Endlich wird dem merkwürdigen Kriminalkommissar direkte Zeugenbeeinflussung vorgeworfen.

Sollten die Vorwürfe der beiden Dresch zu Recht bestehen, so dürfte die Rolle des mißratenen Polizeicäsaren Tenholt wohl endgültig ausgespielt sein.

Waffenfund in der Neuyorker Unterwelt

Neuyork, 24. Aug. (Drahtmeldung.) Detektive, die im Automobil der Frau eines Neuyorker Bandenführers folgten, entdeckten in deren Wohnung in Brooklyn ein großes Waffenlager, das offenbar den Inhabern eines Neuyorker Spirituosengeschäftes bei der Verteidigung ihres Absatzgebietes gegen Einfälle des Chikagoer Verbrecherkönigs Capone dienen sollte. Das Lager enthielt mehrere Bombentypen, von denen eine stark genug war, um ein großes Gebäude zu zerstören. Ferner Handgranaten, Tränengas, Maschinengewehre, Revolver, mehrere Kisten Munition und eine große Anzahl Pistolen in Form von Füllfederhaltern.

Mysteriöser Tod einer Schönheit

Mrs. Southers, eine der schönsten Frauen des mondänen Seebades Deauville an der französischen Ozeanküste ist am Sonnabend tot in ihrem Bett aufgefunden worden. Am Abend vor ihrem Tode hat Mrs. Southers ihren 35. Geburtstag in voller Gesundheit im Kreise einer großen Gesellschaft gefeiert. Allerdings ging das Fest mit einem Unglücksfall zu Ende, denn einer der Gäste stürzte, als er die Villa verließ, die Treppe hinunter und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Mrs. Southers erlitt nachts eine Nervenkrise, schlief aber dann nach Einnahme eines Beruhigungsmittels fest ein. Daß sie am anderen Morgen von ihrer Kammerjungfer tot aufgefunden wurde, ist fast ein medizinisches Rätsel.



Roman von Frank Arnau

75) (Fortsetzung.)

Der Untersuchungsrichter schien ein wenig betäubt von dem longatmigen Vortrag des berühmten Mediziners.

„Es kommt also in Ihrer Klinik öfters zu solchen Eingriffen?"

„Ja. Es kommt öfters zu solchen Eingriffen, weil die Gefahren der Gravidität für das Leben der graviden Frau im allgemeinen viel größer sind, als der Laie glaubt. Ich würde es im Interesse des Volkswohls für durchaus erfreulich ansehen, wenn solche Eingriffe auch außerhalb meiner Klinik immer dann gemacht würden, wenn sie notwendig sind. Selbstverständlich unter den nötigen medizinischen Voraussetzungen."

„Das Gesetz ist nicht Ihrer Meinung, Herr Professor!"

„Bedauerlicherweise!"

„Sie würden also den § 218 des Reichsstrafgesetzbuches, den Sie sehr gut kennen, ohne besondere Bedenken aufheben?"

„Ohne Bedenken! Ich frage nämlich, was hat der Staat, was hat die menschliche Gesellschaft für ein Interesse daran, daß kranke Kinder zur Welt kommen? Was hat der Staat, was hat die menschliche Gesellschaft für ein Interesse daran, daß Menschenleben gefährdet werden, nur um kranke Kinder zur Welt zu bringen! Der Schutz des keimenden Lebens in der Gestalt, wie wir ihn heute haben, ist etwas Widersinniges. Nur setze ich als selbstverständlich voraus, daß nicht jedes Weib und jeder Kurpfuscher mit oder ohne Doktordiplom einen Eingriff vornehmen dürfen. Dagegen müßte eben von Staats wegen die Errichtung einwandfreier amtlicher ärztlicher Beratungsstellen vorgenommen werden. Und wo von einem beamteten Dreiärztekonsilium festgestellt wird, daß das zu erwartende Kind nicht gesund sein kann, oder das Leben der Mutter gefährdet ist, — da wäre die Unterbrechung der Schwangerschaft von Amts wegen vorzunehmen. Heute kann sich nur die soziale Oberschicht einigermaßen gegen die Gefahren schützen, die der § 218 mit sich bringt. Das ist bedauerlich, Herr Landgerichtsrat."

„Aber wir können es nicht ändern! Und ich persönlich bin Ihrer Beweisführung gegenüber doch etwas skeptisch, Herr Professor! Was glauben Sie wohl, wie sehr die Liederlichkeit noch um sich greifen würde, — besonders in den unteren Schichten, — wenn die Folgen gar so leicht zu beseitigen wären! Denn gerade bei den unteren Schichten würde es in den meisten Fällen leicht sein, nachzuweisen, daß die Mutter nicht gesund ist und das kommende Kind auch nicht gesund wird!"

„Und es wäre ein Riesenunglück, wenn ein Paar Hunderttausend skrofulöse und tuberkulöse Kinder, ein Paar Hunderttausend künftiger Arbeitsunfähiger nicht geboren würden, Herr Landgerichtsrat?"

Der Untersuchungsrichter machte eine zurückweisende Bewegung mit dem Bleistift in seiner Rechten:

„Hier verstehen wir uns nicht mehr, Herr Professor, und ich habe Sie ja auch nicht zu mir gebeten, damit Sie mir einen Vortrag über die Notwendigkeit der Geburtenbeschränkung in den unteren Volksklassen halten. Ueber Ihre Klinik haben Sie mir gesagt, was Sie zu sagen hatten, — wie ich annehme. Und was der Fall Dominique anlangt, so haben Sie die Güte, mir das Protokoll zur Einsicht und zur eventuellen Abschrift für die Akten zu übersenden."

„Ich bin gerne bereit, Ihnen mein ganzes Archiv zur Einsicht zu überlassen, wenn Sie es wünschen. Ich habe, wie ich schon betonte, nichts zu verbergen."

„Um so besser für Sie, Herr Professor. Aber ich interessiere mich vorerst nur für den Fall Dominique!"

„Das Protokoll ist noch im Laufe des heutigen Tages bei Ihnen!"

Tadellose Verbeugung auf beiden Seiten; der Professor ging.

Alter Fuchs, — dachte der Untersuchungsrichter, — wie schade, daß ich dir nicht an den Kragen kann! Wie viele Jahre Zuchthaus — wie viele Tausendmarkscheine — hast du dir so in den letzten Jahren eigentlich verdient?

Der Professor aber hatte ein amüsiertes Lächeln um die Lippen, als er das Gerichtsbäude verließ. Haben wieder einmal den Versuch gemacht, die Herrschaften, — dachte er, — mir an den Wagen zu fahren; könnten jetzt bald wissen, daß das zwecklos ist. Wie gut, daß es eine Insel der Wissenschaft gibt, auf der die Paragraphenhengste nichts zu sagen haben!

Siebentes Kapitel.

Der Schwurgerichtssaal füllte sich allmählich. Aber der Fall Merten—Mühlmann war keine Sensation, die ein „besseres Publikum" hätte besonders reizen können. Es waren in der Hauptsache die Gerichtssaalstudenten, die man bei jeder Verhandlung sehen konnte, und kleine Leute, die den Gerichtssaal als Wärmestube betrachteten, in der es nebenbei manchmal noch ganz amüsant war.

Punkt halb neun wurde die Angeklagte Mühlmann in den Saal geführt und nahm auf der Anklagebank Platz. Sie hatte sich ganz schwarz zurechtgemacht, — als Witwe, — und trug eine etwas gekränkte, aber doch gottergebene Miene zur Schau. Gleich darauf erschienen Else Merten und Lutz Fink, beide vom Gerichtsdiener hereingeführt und auf die Anklagebank verwiesen.

Else Merten und Lutz Fink hatten sich nicht mehr gesehen seit dem Tage der ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter. Else verließ das kleine Gärtnerhaus in diesen Wochen kaum; ihr Vater schien sich mit den Ereignissen abgefunden zu haben; nur war er sehr wortkarg, und es vergingen oft Tage, bevor er auch nur ein Wort mit Else sprach. Er ging auch an den Abenden nicht mehr aus und mied den Alkohol.

Else Merten und Lutz Fink wechselten auf dem Gang vor dem Verhandlungssaal nur einen kurzen Gruß; der Chauffeur tat beleidigt, weil Else ihn nicht mehr aufgesucht hatte.

An dem Tisch unterhalb der Anklagebank erschienen nun drei junge Herren in schwarzer Robe: die Offizialverteidiger der Angeklagten. Else Merten und Lutz Fink waren vor ein Paar Tagen in die Kanzleien zweier Rechtsanwälte gerufen worden, wo diese jungen Juristen, — Praktikanten, — das Allernötigste mit ihnen besprachen. Der Verteidiger der Frau Mühlmann hatte seine Klientin im Untersuchungsgefängnis aufgesucht und fünf Minuten mit ihr gesprochen. Für das, was von Amts wegen zur Verteidigung der Angeklagten geschehen mußte, war das vollkommen hinreichend.

Die drei jungen Juristen begrüßten sich gegenseitig, streiften ihre „Mandanten" mit einem Seitenblick, der wohl so etwas wie eine Begrüßung darstellen konnte, und nahmen dann die Akten vor, um sich rasch noch in den Fall, der sie keineswegs interessierte, zu vertiefen.

Nun war der Saal gefüllt. Einige Männer, zumeist ältere Herren, — manche von ihnen im schwarzen Bratenrock, — sahen durchgehend recht wichtig aus und musterten die Angeklagten mit ziemlichem Interesse. (Fortsetzung folgt.)

Pfui Teufel!

Gemeine Erpressung bei den Nationalsozialisten

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) In Sonneberg, einer Fabrikstadt Thüringens, gelang es den Nazis im vergangenen Jahre einen katholischen Arbeiter namens Hans Mühr als Kandidaten zu den Stadtverordnetenwahlen zu ködern. Man brauchte unbedingt einen Arbeiter, setzte Mühr entsprechend zu und führte ihn schließlich auch als nationalsozialistischen Kandidaten heim. Mitglied der Partei wurde er erst, nachdem er schon eine ganze Weile nationalsozialistischer Stadtverordneter gewesen war. Zwei Monate später wurde Mühr in einem Brief ein Wechsel vorgelegt, den er ahnungslos unterschrieb, zumal man ihm erklärte, daß es sich nur um eine Formsache handle. Der Zweck dieser Formsache wurde ihm in einem Schreiben vom 30. April 1930 wie folgt bekanntgegeben:

„Sehr geehrter Herr Mühr, hiermit wird Ihnen der Empfang eines von Ihnen unterzeichneten Blankowechsels bestätigt. Wir haben ihn zu treuen Händen empfangen. Sie erklären sich damit einverstanden, daß dieser Wechsel von der Ortsgruppe ausgestellt und gegeben werden kann in folgenden Fällen:

1. Wenn Sie aus der Partei austreten und nicht gleichzeitig ihr durch die Liste der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei erlangtes Stadtratsmandat niederlegen.

2. Wenn Sie einer Aufforderung der Partei, Ihr Stadtverordnetenmandat niederzulegen, nicht sofort Folge leisten. Diese Aufforderng würde Ihnen gegebenenfalls von der Gauleitung Thüringens oder von der Reichsregierung aus zugehen. Die Höhe der Wechselsumme bestimmt der Ortsgruppenführer. Sie sollen gegebenenfalls der Ortsgruppe den ihr durch Ihre Wahl entstandenen Aufwand ersetzen und sie gegen den Schaden decken, der ihr bei Eintritt obiger Fälle entstand."

Aus dem Absatz 2 dieses Briefes geht hervor, daß diese gemeine Erpressung keineswegs eine Erfindung der Sonneberger Hitlerianer ist, sondern mit Wissen der Reichsleitung erfolgte. Danach ist anzunehmen, daß jeder nationalsozialistische Mandatsträger sich vor oder nach der Wahl mit Haut und Haaren der jeweils zuständigen nationalsozialistischen Parteileitung ausliefern muß. Wohin dieser Zustand führen kann und wohin er in den meisten Fällen führen wird, zeigt der Fall Mühr ebenfalls. Als Mühr eines Tages gewisse Bedenken bekam und den Wechsel zurückverlangte, ohne daß dieser Forderung entsprochen worden wäre, trat er aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aus. Jetzt folgte der ersten Erpressung die zweite in Form einer Aufforderung, sein Mandat niederzulegen. Als Mühr das ablehnte, wurde der Wechsel in Umlauf gesetzt und dürfte ihm demnächst zwecks Einlösung vorgelegt werden. Löst er ihn nicht ein, dann kann Mühr auf Grund des geltenden Wechselrechtes, in dem jedes Rechtsmittel ausgeschlossen ist, bis aufs Hemd gepfändet werden. Und dieses verbrecherische Spiel an einem Arbeiter leistet sich eine Organisation, die sich Arbeiterpartei nennt. Da kann man nur sagen: Pfui Teufel!

Einheitsliste in Braunschweig gescheitert

Berlin, 26. August. (Drahtmeldung.) Wie dem „Vorwärts" aus Braunschweig gemeldet wird, ist die für die Landtagswahlen angekündigte bürgerliche Einheitsliste von der Staatspartei bis zu den Deutschnationalen im letzten Augenblick gescheitert. Es haben Listen eingereicht: die Staatspartei, die Volksrechtspartei, die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten. Ferner ist eine Liste „Nationale Mitte" und eine „Einheitsliste" eingereicht worden. An letzterer sind Deutschnationale, Christlich-Nationale Bauern, Stahlhelm und Zentrum offiizell beteiligt.

Die Saarverhandlungen

Einstweilen keine Wiederaufnahmen

Berlin, 25. August. (Drahtmeldung.) Ein bayerisches Blatt meldet aus Berlin, daß die Besprechungen des Botschafters von Hoesch in Berlin mit der Saarfrage in Verbindung ständen. „Echo de Paris" meldet, daß Briand dem Botschafter einen Vorschlag über die Wiederaufnahme der Saarverhandlungen unterbreitet habe. Am 20. September werde man wieder zusammenkommen. Der neue Vorschlag stelle ein für Deutschland annehmbares Kompromiß dar. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist diese Meldung unzutreffend. Es seien keinerlei Vorschläge Briands, die ein Kompromiß wegen der Wiederaufnahme der Saarverhandlungen enthielten, eingegangen.

Woldemaras Terror

in Litauen

Kowno, 25. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Durch die nunmehr abgeschlossene Voruntersuchung sind die beiden Attentäter, die den Mordanschlag auf den Direktor der litauischen Geheimpolizei verübt haben, in einer völlig durchorganisierten Verschwörung der Woldemaras-Anhänger entdeckt worden.

Es steht jetzt fest, daß von Woldemaras und seinen Anhängern noch eine größere Anzahl weiterer Terrorakte geplant waren, die einen Sturz der jetzigen Regierung zum Ziele hatten, um Woldemaras zum Regierungsoberhaupt zu erheben.

Die Regierung hat eine scharfe Verfolgung gegen den jetzt zwar aufgelösten, aber im geheimen bestehenden Faschistenbund „Der eiserne Wolf" begonnen. In den letzten Tagen wurden zahlreiche Haussuchungen vorgenommen und 20 Personen verhaftet. Die Angeschuldigten werden vor das Militärgericht kommen. Auf die ihnen zur Last gelegten Vergehen steht die Todesstrafe. Was mit Woldemaras selbst geschehen wird, ist noch nicht sicher.

Wahlhilfe für den Bürgerblock

Kommunisten Arm in Arm mit der Reaktion

Die Regierung Brüning und die Bürgerblockparteien haben einen schweren Stand. Das Maß ihrer Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen. Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkampf sichtbar die günstigsten Chancen, weil sie die einzige Partei ist, die mit ihrem guten sozialpolitischen Programm vor die Wählermassen treten kann, die auch offen Rechenschaft ablegen kann über ihre Politik, während alle anderen Parteien in sich zerrissen und zersplittert sind, nach neuen Formeln und Formen, wie nach neuen Namen suchen.

Zur rechten Zeit kommt dem bedrängten Bürgerblock wie immer Hilfe aus dem kommunistischen Lager. Wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, da lügen die Kommunisten mit allen bürgerlichen Parteien durch dick und dünn. In seiner Ausgabe vom Samstag, den 23. August, aber liefert der „Westf. Kämpfer" so deutlich den Beweis für die Handlangerdienste, die dem Bürgerblock im Kampf gegen die Sozialdemokratie von den Kommunisten geleistet werden, wie wir ihn deutlicher bisher noch nicht erlebt haben. Die Kommunisten wissen natürlich wie jeder andere, der sich halbwegs um die politischen Vorgänge kümmert, daß die Notverordnungen der Regierung Brüning die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, die Verschlechterung der Krankenversicherung und auch die Verschlechterung der Invalidenversicherung brachten, aber der „Westf. Kämpfer" befreit die Regierung Brüning von aller Schuld. Er schiebt die Schuld daran dem Sozialdemokraten Wissell zu. In einem Artikel „Rund um Hamm" weist er darauf hin, daß Wissell in einer SPD.-Kundgebung in Hamm redet und nun fordert er die Arbeiter auf,

sich den Wissell anzusehen, der den Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung gekürzt, der den Arbeitern den Krankenschein verteuert und der Schuld daran sei, daß selbst die Medizin teurer werde. Der Artikel klingt aus in die Aufforderung, in die Versammlung zu gehen und Wissell mit dem Stuhlbein die Liste 4 auf den Rücken zu malen.

Gegen eine derartig niedrige Kampfesweise polemisiert man nicht mehr. Man begnügt sich damit, diese Schofelei niedriger zu hängen. Freude wird über diese Hilfe aus dem kommunistischen Lager bei den Bürgerblockparteien sein, die sich dafür dankbar erweisen, indem sie mit aller Macht gegen die Sozialdemokraten ankämpfen, die Kommunisten aber als Retter in der Not ungeschoren lassen.

Die Arbeiterwähler werden den Kommunisten am 14. September die Quittung für ihre unverschämte Nichtswürdigkeit geben und die Liste 1, die Liste der Sozialdemokratie wählen.

—e.

Das Kabinett Pilsudski

Warschau, 25. Aug. (Drahtmeldung.) Der Staatspräsident hat heute das Ernennungsdekret unterzeichnet, in dem Marschall Pilsudski zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister ernannt wird. Gleichzeitig hat der Staatspräsident auf Antrag des Marschalls Pilsudski folgende Minister ernannt: Oberst Beck, Minister ohne Portefeuille, General Skladkowski, Innenminister, Zaleski, Außenminister, Car, Justizminister, Czerwinski, Kultus- und Unterrichtsminister, Janta-Polczynski, Landwirtschaftsminister, Kwiatkowski, Industrie- und Handelsminister, Matakiewicz, Minister für öffentliche Arbeiten, Prystor, Arbeitsminister, Staniewicz, Minister für Agrarreform, Börner, Minister für Post und Telegraph. Zum Leiter des Finanzministeriums wurde Ignacy Matuszewski ernannt.

Der kurdische Aufstand

Türkische Note an Persien

Konstantinopel, 25. August. (Drahtmeldung.) Die türkische Regierung hat eine neue Note an Persien gerichtet, in der militärische Zusammenarbeit der beiden Nationen gegenüber den kurdischen Aufständischen verlangt wird. Sie schlägt vor, daß Persien einen Gebietsstreifen beim Ararat abtreten und dafür einen Streifen türkisches Gebiet an der Südgrenze erhalten soll.

Internationaler Genossenschaftskongreß in Wien

Wien, 25. August. (Drahtmeldung.) Der 13. Internationale Genossenschaftskongreß wurde heute hier eröffnet. An dem Kongreß nehmen etwa 600 Delegierte aus allen europäischen Ländern, aus Sowjetrußland und aus einer Reihe von überseeischen Ländern teil. Staatskanzler a. D. Dr. Renner überbrachte die Grüße des Verbandes der deutsch-österreichischen Konsumvereine und der Groß-Einkaufsgesellschaft Oesterreichs. Präsident Tanner, der ehemalige finnische Ministerpräsident, verwies auf die Schöpfung der internationalen genossenschaftlichen Wirtschaft als Ziel der Bewegung. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Völker umfasse z. Z. 40 verschiedene Länder und die Anzahl der Mitbürger dieser neuen Demokratie betrage 55 Millionen Familien oder mehr als 200 Millionen Personen.

Der Streik in Nordfrankreich

wird fortgesetzt

Paris, 25. 8. (Drahtmeld.) Nach dem „Intransigeant" haben die Textil- und Metallarbeiter von Tourcoing und Roubaix in Generalstreikversammlungen die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Sie erklärten die Vorschläge der Arbeitgeber für mehr scheinbare Konzessionen, aber keine tatsächlichen. Der Sekretär des Zentralstreikkomitees betonte einem Vertreter des Blattes gegenüber, daß der Streik bis zum äußersten durchgeführt würde. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erhielten Streikprämien, die Nichtorganisierten würden von den sozialistischen Gemeindeverwaltungen unterstützt.

Lille, 25. Aug. Die mit der Unterhaltung der Maschinen der Metallindustrie und in den Spinnereien beschäftigten Arbeiter haben in einer Tagesordnung die Fortsetzung des Streiks beschlossen, weil sie gegen das System der Bewährungszulage, das eine Einflußnahme der Arbeitgeber darstellt, protestieren.

Bomben in Indien

Anschlag gegen den Polizeipräsidenten von Kalkutta

London, 25. Aug. (Eig. Drahtber.) Während die englische Regierung versucht, mit Ghandi und der indischen Freiheitsbewegung eine Verständigung herbeizuführen, sind die englischen und die indischen Gegner dieser Bestrebungen eifrig am Werke. In London hetzt der konservative Führer Churchill gegen die Verständigung, und die indischen Nationalisten freuen sich in Bombay ob dieser Worte. Churchill und die in Indien wohnenden Europäer begnügen sich aber wenigstens mit tönenden Phrasen und Schimpfereien auf die Arbeiterregierung.

In Kalkutta aber antwortet man mit Bomben. Indische Nationalisten haben am Montag drei Sprengkörper mitten in der Stadt gegen das Auto des Polizeipräsidenten geworfen. Dieser blieb unverletzt. Geistesgegenwärtig sprang er aus dem Wagen, zog den Revolver und schoß einen der Attentäter nieder, einen zweiten verfolgte er solange, bis die Polizei seiner habhaft werden konnte. Der Dritte ist durch die Splitter seiner eigenen Bombe getötet worden. Der Chauffeur des Polizeipräsidenten wurde verletzt.

Auch sonst war der Montag in Indien ein schwarzer Tag. In Shahapur, wo Hunderte von Menschen die Forstgesetze verletzen wollten, kam es zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Ein Eingeborener wurde von der Polizei erschossen.

Ebenso kommen von der Nordwestgrenze trübe Meldungen. In einem Grenzdorf sind britische Militärabteilungen mit mohammedanischen Eingeborenen ins Handgemenge gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben hat.

Der Aufstand in Peru

Die Regierung zurückgetreten

Paris, 25. August. (Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Peru haben sich die Aufständischen der Stadt Arequipa bemächtigt und die großen Warenhäuser geplündert. Nach anderen Meldungen soll der Präsident von Peru gestürzt sein und sich in die venezolanische Gesandtschaft geflüchtet haben.

Nach einer Havas-Meldung hat sich die Aufstandsbewegung in Peru auf die östlich und nördlich gelegenen Gegenden ausgebreitet. Alle Militärschulen und weitere Regimenter sollen sich der Bewegung angeschlossen haben.

Nach einer amtlichen Meldung aus Lima, die über Neuyork kommt, ist die peruanische Regierung zurückgetreten.

Neuyork, 25. August. (Drahtmeldung.) Wie aus Lima gemeldet wird, erfolgte der Rücktritt des Staatspräsidenten Leguia auf Verlangen der neugebildeten Militärjunta, die das gestern von diesem gebildete neue Kabinett, das sofort vereidigt werden sollte, als unbefriedigend abgelehnt hatte. Wie es heißt, beabsichtigt die Junta die sofortige Auflösung des Kongresses, will aber die Verfassung aufrechterhalten.

Der frühere preußische Justizminister Am Zehnhoff ist in Düsseldorf im Alter von 76 Jahren gestorben.

Grubenunglück in Ost-Oberschlesien

Neun Tote

Kattowitz, 25. August. (Drahtmeldung.) Ein schweres Grubenunglück ereignete sich heute auf dem Hildebrandschacht bei Antonienhütte in der Nähe von Kattowitz, als plötzlich mehrere Pfeiler einstürzten. 14 Bergleute, die gerade dort beschäftigt waren, wurden durch die Gesteinsmassen abgeschnitten. Es wurden sofort Rettungskolonnen eingesetzt, die fünf Mann lebend zu Tage brachten. Von den anderen Verschütteten konnten inzwischen drei als Leichen geborgen werden, die sechs übrigen gelten als verloren, da auf ihnen gewaltige Gesteinsmassen lagern. Die Retungsarbeiten werden mit äußerster Anstrengung fortgesetzt.

Strafgericht über Schalke 04

14 Spieler aus dem Westdeutschen Spielverband ausgeschlossen

Wie wir in später Nachtstunde zu der Sitzung der Spruchkammer des Westdeutschen Spielverbandes, die am Montag in Duisburg über die Angelegenheit Schalke 04 zur letzten Entscheidung zusammentrat, erfahren, wurde in dieser der Ausschluß von 14 Mitgliedern des F. C. Schalke 04 aus dem Westdeutschen Spielverband beschlossen. Hiervon betroffen sind sowohl Spieler der ersten Mannschaft, als auch einzelne Vereinsmitglieder, hingegen bleibt der Verein als solcher nach wie vor Mitglied des Westdeutschen Spielverbandes. Näheres über die Personen, die von dem Ausschluß betroffen werden, waren noch nicht in Erfahrung zu bringen, da das Urteil in seinem Wortlaut erst Dienstag vormittag der Oeffentlichkeit bekanntgegeben

Zurück!

Dr. Tiggemann

Facharzt für Hals, Nasen, Ohrenleiden, Nasenplastik

Bahnhofsvorplatz Telefon 24935



Hüller-Mühle.

Besitzer: **Hubert Grümmer.**

Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr

Großes Kinderfest.

1. Gastspiel des beliebten Onkel Ast mit seinen Spaßmachern.

Altbekanntes Militär-Programm!

Ab 3 Uhr:

Großes Familien- u. Kaffee-Konzert

Volkstümliche Eintrittspreise

à Person 10 Pfg.

Es erwartet Jung und Alt **Onkel Ast.**

Echtes

Kommißbrot

täglich frisch

Dampfbäckerei

Jak. Humann

Bismarckstr. 134 - Ruf 23436

— Verkaufsstellen werden eingerichtet —

Zur glücklichen Geburt

empfehle Kinder-Wagen

Sitzliegewagen mit Verdeck Mk. 39.50

Promenaden-Wagen . . . . . Mk. 59.00

Naehler / Brennabor / Germania

Möbelhaus Cohn

Vereinsstraße, Ecke Augustastraße

Trau-Ringe

in größter Auswahl stets vorrätig bei

Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.

Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden gut und billig ausgeführt.

WERBE DRUCKE

werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt

BUCHDRUCKEREI

VOLKS WILLE



So fesselnd
so abenteuerlich
so interessant
so spannend

sind die

Reise- und Forscher-Abenteuer

12 Bände in Kassette, Halbleder-Einbände, zusammen nur Mk. **36.-**

Sonder-Angebot! Alle 12 Bände auf Buchkarte, zahlbar in Raten von Mk. 2.— alle 14 Tage. Die Raten kassiert der Zeitungsbote. — Bestellungen an

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt die „Reise- und Forscher-Abenteuer" 12 Bände in Halbleder gebunden, zum Preise von zus. **36.-** Mk. auf Buchkarte. Die Raten, in Höhe von 2.— Mk. alle 14 Tage sollen durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name:_____ Beruf:_____ Adresse:_____

Zahlen beweisen!

Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigte Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,

35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volksfürsorge sind

2 Millionen Versicherungen

in Kraft; sie hat ein

Vermögen von rund 100 Millionen Mark.

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:

Essen, Schillerstr. 1-5 IV, (Hansa-Haus) Am Hauptbahnhof Zimmer 88—90.

oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61; B. Lachmann, Gelsenkirchen, Kaiserstraße 24 u. in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Voranzeige.

Frauengruppe Schalke.

Am Donnerstag, dem 4. September d. J., nachmittags **5 Uhr**, veranstaltet die Frauengruppe Schalke eine Frauenversammlung mit anschließendem Kaffeetrinken. Die Genossin Wolff, Bocholt, wird über „Die Bedeutung der Reichstagswahl" reden.

Wir bitten die benachbarten Frauengruppen, von Veranstaltungen ähnlicher Art am genannten Tage abzusehen und die Versammlung der Schalker Frauengruppe zu besuchen.

Ortsgruppe Ueckendorf.

Morgen (Mittwoch), den 27. dieses Monats, um 20 Uhr, bei [illegible]: Wichtige Funktionärsitzung. Notwendig

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Am Dienstag spricht in Recklinghausen Kamerad Hörsing. Spielleute und Musiker 18.15 Uhr im Hauptbahnhof. Kameraden der Ortsgruppe, die sich anschließen wollen, fahren mit dem Zuge 18.30 Uhr.

Donnerstag, den 28. August, findet in Wanne in der Ausstellungshalle eine öffentliche Kundgebung statt.

Redner: Kamerad Petersdorff, Düsseldorf, und Kamerad Zimmer, Bochum. Zur Verstärkung des Saalschutzes fordern wir unsere Kameraden auf, an der Veranstaltung teilzunehmen. Sammeln 7 Uhr im Hauptbahnhof. Abfahrt 7.19 Uhr. Jeder Teilnehmer löst sich selbst seine Karte. Ohne Fahnen und ohne Instrumente.

Aufmarsch in Bochum.

Sonntag, den 31. August, marschieren wir in Bochum auf. Hin- und Rückfahrt erfolgt in Autos. Karten, die zur Fahrt berechtigen, sind zum Preise von 40 Pf. bis Dienstag bei den Kameradschaftsführern zu haben.

Geschäftliche Mitteilungen

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

5. Klasse (Hauptziehung), 13. Ziehungstag.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

13 595 17 023 21 462 21 511 38 025 42 259 61 158 62 644 62 675 62 687 62 736 62 740 82 785 82 795 83 778 83 784 83 793 108 511 114 263 158 629 164 215 169 550 171 103 201 553 203 810 205 629 205 631 205 772 205 796 205 819 208 159 208 188 213 416 218 120 231 235 231 328 240 682 240 826 270 122 270 125 283 234 290 503 308 958 324 858 341 823 341 835 341 839 348 763 369 893 377 348.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind nur noch, soweit der Vorrat reicht, zu haben. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille". Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und